



#berlinbessermachen Eine lebenswerte und gerechte Stadt für alle!

Paritätische Positionen
zur Berlin-Wahl 2026

Inhalt

- 5 Vorwort
- 6 **PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026 EINE LEBENSWERTE UND GERECHTE STADT FÜR ALLE!**
- 8 **WAHLPOSITION 1**
Für ein demokratisches Zusammenleben, für eine solidarische Gemeinschaft
- 10 **WAHLPOSITION 2**
Schnelle und unbürokratische Unterstützung für alle, die Hilfe brauchen
- 12 **WAHLPOSITION 3**
Prävention und Bildung sind Investitionen in die Zukunft
- 14 **WAHLPOSITION 4**
Wohnen muss für alle bezahlbar sein
- 16 **WAHLPOSITION 5**
Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft: Gemeinsam für eine funktionierende Stadt
- 18 **IN WAS FÜR EINER STADT WOLLEN WIR LEBEN? WAS BRAUCHT BERLIN, UM FÜR ALLE LEBENSWERT ZU SEIN?**
- 20 **Berlin als Soziale Stadt**
 - 21 Eingliederungshilfe
 - 22 Teilhabe für Menschen mit Behinderungen
 - 23 Arbeit und Beschäftigung
 - 24 Armut und Existenzsicherung
 - 25 Wohnungsnotfallhilfe
- 26 **Berlin als Wohnort für Alle**
 - 27 Wohnungspolitik
- 28 **Berlin als Stadt für Kinder und Familien**
 - 29 Familie
 - 30 Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz
 - 31 Kinder- und Jugendarbeit
 - 32 Jugendberufshilfe
 - 33 Kindertagesbetreuung
 - 34 Schulbezogene Jugendhilfe
 - 35 Schule
- 36 **Berlin als gesunde Stadt**
 - 37 Gesundheitsförderung
 - 38 HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen, Hepatitiden
 - 39 Hospize
 - 40 Soziale Psychiatrie
 - 41 Drogen und Sucht, Suchthilfe, Suchtprävention, Suchtselbsthilfe
 - 42 Schwangerschafts(konflikt)beratung
- 44 **Berlin als Stadt für ältere und pflegebedürftige Menschen**
 - 45 Ältere Menschen und Seniorenpolitik
 - 46 Ambulante Pflege
 - 47 Pflegebedürftige Menschen in Heimen
 - 48 Qualitätsmanagement in der Pflege und Altenhilfe
- 50 **Berlin als sichere Stadt**
 - 51 Gewaltschutz
 - 52 Opferhilfe
 - 53 Straffälligenhilfe
- 54 **Berlin als offene und vielfältige Stadt**
 - 55 Frauen und Mädchen
 - 56 Migration und Flucht
 - 57 Queere Lebensweisen
- 58 **Berlin als engagierte Stadt**
 - 59 Freiwilliges Engagement
 - 60 Stadtteilarbeit
 - 61 Gesellschaftlicher Zusammenhalt
 - 62 Selbsthilfe
- 64 **Berlin als sozial-innovative Stadt**
 - 65 Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis
 - 66 Bezirkliche Arbeit
 - 67 Wirkungsorientierung
 - 68 Digitalisierung
 - 69 Innovation
- 70 **DER PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND BERLIN**
 - 72 Kontakte
 - 74 Impressum

**WIR MACHEN UNS DAFÜR
STARK, DASS SOZIALE
ORGANISATIONEN GUTE
RAHMENBEDINGUNGEN
HABEN, UM WIRKSAME
SOZIALE ANGEBOTE FÜR
DIE MENSCHEN IN BERLIN
ZU SCHAFFEN.**



Vorwort

Eine lebenswerte und gerechte Stadt für alle!

Was brauchen die Menschen in Berlin für ein gutes Zusammenleben? Eine starke soziale Infrastruktur. Gemeinnützige Organisationen als Teil der Zivilgesellschaft tragen täglich dazu bei, dass Kinder gut aufwachsen, ältere Menschen Unterstützung erhalten, Menschen mit Behinderung teilhaben und Familien, Menschen in Krisen oder mit Unterstützungsbedarf Hilfe bekommen. Sie organisieren freiwilliges demokratisches Engagement, leisten soziale und gesundheitliche Daseinsvorsorge und damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Sozialstaat. Hunderttausende Berlinerinnen und Berliner nutzen diese Angebote jeden Tag. Ohne freie soziale Träger würde in unserer Stadt vieles nicht funktionieren.

Die Anerkennung von Trägerautonomie und die gleichberechtigte Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern sind ein Kernelement des deutschen Sozialstaats. Das Subsidiaritätsprinzip ist Garant für Trägervielfalt. Nur wenn es verschiedene soziale Dienste und Einrichtungen gibt, haben Betroffene Aussicht auf Wahlfreiheit.

Wir als Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin machen uns dafür stark, dass soziale Organisationen gute Rahmenbedingungen haben, um wirksame soziale Angebote für die Menschen in Berlin zu schaffen. Damit das gelingt, braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Wir setzen dafür auf gegenseitiges Vertrauen.

Dieses Vertrauen ist gefährdet, wenn auf Landes- und Bundesebene immer wieder Kürzungen im sozialen Bereich diskutiert werden und soziale Organisationen über Monate keine Planungssicherheit haben. Das gilt auch dann, wenn zugesagte Tarifsteigerungen nicht refinanziert oder Preissteigerungen bei der Finanzierung sozialer Arbeit nicht ausreichend berücksichtigt werden.



Geschäftsführer Martin Hoyer, stv. Geschäftsführerin Anne Jeglinski und stv. Geschäftsführer Torsten Wischniewski

Wir wissen, dass öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden müssen. Deshalb bringen wir uns mit konkreten Vorschlägen ein: weniger Bürokratie in der Zuwendungspraxis, innovative Finanzierungsmodelle und mehr Handlungsspielräume für soziale Träger. So können Ressourcen effizienter eingesetzt und Menschen besser unterstützt werden. Verbindliche Kooperation und eine gemeinsame Sozialplanung zwischen öffentlichen und freigemeinnützigen Trägern sind ein wichtiger Schlüssel. Wo Kooperation vor Ort ernst genommen wird, finden sich finanziell und fachlich sinnvolle, bedarfsgerechte und einvernehmliche Lösungen.

Was braucht es also, damit Berlin sozial bleibt und soziale Arbeit wirkt? Dafür machen wir in unserer Broschüre „berlinbessermachen“ Vorschläge und veröffentlichen unsere Positionen und Forderungen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2026. Die Broschüre richtet sich an Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und alle, die Berlin gemeinsam gestalten wollen. Wir haben die Broschüre entlang zentraler gesellschaftlicher und politischer Themenfelder aufgebaut. Für diese Themen zeigen wir jeweils: Wie ist die Lage? Was tun wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen, um Berlin besser zu machen? Und was fordern wir von Politik und Verwaltung, um die soziale Infrastruktur der Stadt zu sichern und weiterzuentwickeln?

Zu jedem Themenfeld finden Sie die jeweils zuständigen Ansprechpersonen in unserem Verband und unsere Positionspapiere. Wir stehen gern für Fragen und Gespräche bereit. Die Herausforderungen in unserer Stadt können wir nur gemeinsam lösen.

**Lassen Sie uns zusammen
#berlinbessermachen.**

**Martin Hoyer, Anne Jeglinski
und Torsten Wischniewski**

PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026 EINE LEBENSWERTE UND GERECHTE STADT FÜR ALLE!



Für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 20. September 2026 hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin seine Positionen und fünf Hauptforderungen formuliert. Dabei konzentrieren wir uns auf folgende Themen:

WAHLPOSITION 1

**FÜR EIN DEMOKRATISCHES ZUSAMMENLEBEN,
FÜR EINE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT**

WAHLPOSITION 2

**SCHNELLE UND UNBÜROKRATISCHE UNTERSTÜTZUNG
FÜR ALLE, DIE HILFE BRAUCHEN**

WAHLPOSITION 3

**PRÄVENTION UND BILDUNG SIND
INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT**

WAHLPOSITION 4

WOHNEN MUSS FÜR ALLE BEZAHLBAR SEIN

WAHLPOSITION 5

**POLITIK, VERWALTUNG, FREIE TRÄGER:
GEMEINSAM FÜR EINE FUNKTIONIERENDE STADT**

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin steht für Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Grundlage unseres Handelns sind demokratische Überzeugungen und die Achtung der Menschenwürde. Wir unterstützen und ermutigen Menschen, selbstbestimmt am Leben teilzunehmen und sich einzubringen. Wir setzen uns im Rahmen der Wirkungsorientierung von sozialer Arbeit dafür ein, dass Menschen die bestmögliche Unterstützung bekommen und Ressourcen gezielt eingesetzt werden. Der Paritätische Berlin und seine Mitglieder stehen für „soziale Arbeit, die wirkt“.

Das Anliegen des Verbands ist es, Berlin auch in herausfordernden Zeiten als soziale, solidarische und gerechte Stadt für alle zu erhalten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin fordert u. a. eine verwaltungs- und bezirksübergreifende Sozialplanung für die gesamte Stadt, um eine effiziente und soziale Infrastruktur auch in Zeiten von großen Herausforderungen erhalten und weiterentwickeln zu können.

WAHLPOSITION 1
FÜR EIN
DEMOKRATISCHES
ZUSAMMENLEBEN,
FÜR EINE
SOLIDARISCHE
GEMEINSCHAFT



Wir setzen uns dafür ein, dass niemand diskriminiert wird, und stehen für unsere Werte: Vielfalt, Offenheit und Toleranz. In Berlin leben knapp 3,7 Millionen Menschen aus über 190 Nationen. Das macht unsere Stadt reich und bunt. Vielfalt ist unsere gesellschaftliche Realität. Wir fördern freiwilliges Engagement und Menschen, die Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und sich einbringen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle gehört werden, sich beteiligen können und gleiche Chancen bekommen. Dafür brauchen wir offene, inklusive und wohnortnahe Orte, zum Beispiel Stadtteilzentren oder Seniorentreffs, wo sich Menschen begegnen, zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen können. **Zusammen sind wir Berlin.**

Unsere Demokratie braucht die Begegnung und den Austausch unterschiedlicher Meinungen. Sie lebt von Beteiligung, der Fähigkeit, gemeinsam Lösungen zu finden, und vor allem vom Engagement aller. Das wollen wir stärken. Wir setzen uns dafür ein, **Begegnungsorte wie Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilzentren und Freiwilligenagenturen, bekannter zu machen, personell gut auszustatten und sicher zu finanzieren.** Stadtteilzentren schaffen Räume für Begegnung, in denen Menschen aktiv Verantwortung übernehmen können. Selbsthilfekontaktstellen bieten Beratung und Unterstützung zur Selbsthilfe. Freiwilligenagenturen sind Schnittstellen für die Förderung und Koordination von Engagement und beraten Interessierte sowie Organisationen und Initiativen im Bezirk. So können sich **soziale Organisationen ressortübergreifend vernetzen** und Unterstützung z. B. für geflüchtete Menschen oder Menschen mit Behinderungen, für Opfer von Diskriminierung oder von sexueller Gewalt oder für alte und junge Menschen anbieten.

Wir unterstützen mit unseren Mitgliedern die **politische Bildung von Kindern und Jugendlichen**, ob in Kitas, Schulen oder Jugendorganisationen. **Wir fordern, Einrichtungen der Jugendarbeit auskömmlich zu fördern**, denn das sind die Räume, in denen junge Menschen mitbestimmen, Verantwortung übernehmen und Demokratie erleben können. Angebote wie **Migrationsberatungen und Migrationsdienste** sind **wichtige Bausteine für eine solidarische Gesellschaft**, die allen die Chance gibt, sich einzubringen und mitzugestalten. Damit die Finanzierung weiterhin sichergestellt ist, fordern wir das Land Berlin auf, die **Beratungsstellen weiterhin finanziell zu unterstützen** und abzusichern. Zu einem demokratischen Zusammenleben gehört auch der entschiedene Einsatz **gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechts-extremismus** und jede Form von Diskriminierung oder Menschenfeindlichkeit. Wir brauchen **mehr barrierefreie und inklusive Angebote**, damit alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Fähigkeiten oder Alter, mitwirken können. Wir setzen uns dafür ein, das **Landesdemokratiefördergesetz** rasch zu **verabschieden**, damit Demokratieprojekte unabhängig von jährlichen Haushaltsverhandlungen langfristig gesichert werden.

WAHLPOSITION 2
SCHNELLE UND
UNBÜROKRATISCHE
UNTERSTÜTZUNG
FÜR ALLE, DIE
HILFE BRAUCHEN



Alle haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Hilfe egal, wie alt, wie reich, wie gesund jemand ist oder woher sie oder er kommt. Das reicht von Beratung und Unterstützung im Alltag sowie bei sozialen und / oder psychischen Notlagen, über die Angebote für Menschen mit Behinderungen bis zur Pflege im Alter. Wir fordern, dass jeder Mensch am Leben teilhaben kann und Rechtsansprüche auf Leistungen ohne Wenn und Aber erfüllt werden. Jede und jeder von uns kann in eine Situation geraten, in der Unterstützung nötig wird. Alle, die Hilfe brauchen, sollen Hilfe bekommen. Menschen sind kein Kostenfaktor. Das macht eine solidarische Gemeinschaft aus, dafür machen wir uns stark. **Gemeinsam #berlinbessermachen.**

Wir treten für einen starken Sozialstaat ein. Das solidarische, gleichberechtigte Miteinander ist das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Niemand wird systematisch ausgeschlossen oder benachteiligt. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlich garantierten Rechtsansprüche auf Leistungen umgesetzt werden, ob in den **Hilfen für Erziehung, die Familien, Kinder und Jugendliche unterstützen, in der Eingliederungshilfe, in der Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung geholfen wird**, oder bei der **Unterstützung für Menschen, die in eine besondere Notlage geraten sind**. Wir fordern das Land Berlin auf, dafür zu sorgen, dass diese Hilfen (die sogenannten Transferleistungen) schnell und unbürokratisch gewährleistet werden. Das Behördenpingpong muss aufhören, und eine schnelle Bearbeitung der Anträge ist zu garantieren.

Wir fordern, dass Frauen vor Gewalt geschützt werden und der **Ausbau von Frauenschutzplätzen** fortgesetzt wird. Wir fordern, dass Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und Haftentlassenen geholfen wird. **Alle Menschen, die Unterstützung brauchen, müssen sie bekommen – so schnell und umfassend wie nötig.**

WAHLPOSITION 3

PRÄVENTION UND BILDUNG SIND INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT



Frühe Unterstützung und Präventionsangebote helfen, dass Menschen stark bleiben und schwierige Situationen gar nicht erst entstehen. Zum Beispiel bei gesundheitlichen Problemen, bei Schulden oder anderen Herausforderungen. So werden nicht nur langfristig Kosten gering gehalten, sondern vor allem Leid verhindert und Hilfe zur Selbsthilfe gefördert. Dafür braucht es verständliche Informationen und wohnortnahe Anlaufstellen. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft: Kitabetreuung, gute Bildung und gleiche Chancen für alle. Bei Kindern und Jugendlichen legen wir damit den Grundstein für ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Familien stärken, damit sie ein sicherer Ort für Kinder und Jugendliche sind. Wer hier investiert, schafft **eine bessere Zukunft für alle**.

In **Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäusern, Bürger- und Familienzentren**, Senioren- und Jugendclubs kommen Menschen zusammen. Dort gibt es nicht nur Informationen und Mitmachangebote für die Menschen im Kiez, sie **sind** auch **soziale Knotenpunkte, wo Menschen Hilfe und Unterstützung finden**. Es ist wichtig, dass die dort angesiedelten Informations- und Beratungsstellen, wie die **Schuldner- und Insolvenzberatung**, nicht nur erhalten bleiben, sondern auch **sicher und auskömmlich finanziert** werden. Denn wir alle wissen: Je früher Probleme gelöst oder Schulden bezahlt werden, desto besser. Genauso verhält es sich mit den in den Bezirken angesiedelten **Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen in seelischen Krisen oder mit psychischen Erkrankungen**, oder mit **Angeboten für suchtkranke Menschen und für die Prävention von HIV / Aids**. Auch sie sind von Kürzungen bedroht. Wir fordern, die **wohnortnahen niedrigschwelligen Angebote in den Bezirken zu erhalten**. Unsere Gesellschaft wird älter: Das sogenannte **Altenhilfestrukturegesetz soll die Teilhabe älterer Menschen besser möglich machen**. Dafür muss es endlich umgesetzt werden, damit ältere Menschen mehr Unterstützung bekommen, wenn sie zum Beispiel eine neue Wohnung suchen, nicht mehr so mobil oder von Armut bedroht oder betroffen sind.

Wir begrüßen, dass das Land Berlin mehr Erzieherinnen und Erzieher pro Kind finanziert. So können Fachkräfte trotz sinkender Kinderzahlen in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege gehalten werden. Das bedeutet mehr Zeit für das einzelne Kind, mehr Zeit für gute Betreuung und Förderung. Die Vielfalt von Kindern und von Kindern mit besonderen Herausforderungen, wie **körperlichen oder psychischen Behinderungen**, nehmen zu. Es braucht eine **verlässliche Ausstattung mit Fachkräften**, damit jedes Kind individuell gefördert werden kann. Ziel muss es sein, den Übergang in die Schule gut vorzubereiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass es ein **vielfältiges und für alle erreichbares Angebot gut ausgestatteter Schulplätze** gibt.

Oft helfen dabei auch **Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter**. Sie unterstützen, wenn es Probleme beim Lernen oder in der Familie gibt. Auch für sie braucht es eine **sichere Finanzierung**, genauso wie für **Familienzentren** oder die Bereiche der **Jugendhilfe oder der Jugendarbeit**. So stellen Jugendclubs oft Angebote für Kinder und Jugendliche aus armen oder belasteten Familien bereit. Sie stärken nicht nur die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und unsere Gemeinschaft, sie helfen auch, präventiv über sucht- und gesundheitspolitische Themen aufzuklären. **Sie fördern Chancengleichheit und Mitwirkung und damit das Vertrauen von Kindern und Jugendlichen in die Demokratie. Zur Sicherung der wichtigen präventiven Angebote müssen die Bezirke auskömmlich finanziert werden.**

WAHLPOSITION 4

WOHNEN MUSS FÜR ALLE BEZAHLBAR SEIN



Besonders für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen wird es immer schwieriger in Berlin eine Wohnung zu finden. Die Zahl von obdach- und wohnungslosen Menschen steigt. Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen in Berlin Wohnen zu fairen Konditionen jetzt und in Zukunft möglich ist, unabhängig von Geldbeutel, Herkunft oder Alter. Wir fordern **bezahlbares Wohnen für alle**.

Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnen für alle Menschen bezahlbar bleibt. Dafür brauchen wir in ganz Berlin **wirksame Regeln gegen zu hohe Mieten**. Bestehende Nachbarschaften sollen geschützt werden (Milieuschutz). Beim Bauen und Vermieten sollen Menschen wichtiger sein als Gewinne sein. Wohnungen sollen zum Nutzen aller Menschen da sein.

Auch für soziale Organisationen wird es immer schwieriger, geeignete Räume für ihre Angebote zu finden. Steigende Mieten und geringe Verfügbarkeit führen dazu, dass viele Projekte ihre Arbeit einschränken, umziehen oder sogar schließen müssen. Das schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und beeinträchtigt das soziale Leben in unserer Stadt. Damit soziale Angebote Menschen unterstützen können, brauchen sie bezahlbare Räume. Um das abzusichern, **fordern wir, die Zivilgesellschaft, also freie gemeinnützige Träger, Bürgerinitiativen und Verbände, von Anfang an in die Planung neuer Bauvorhaben einzubeziehen und Kontingente in Neubauprojekten** für soziale Organisationen festzulegen. Wir schlagen außerdem vor, die **Mehrfachnutzung bestehender und neuer Räume**, zum Beispiel in Kitas, Schulen oder Büros, noch umfassender und schneller zu ermöglichen.

Für besonders gefährdete, schutzbedürftige Gruppen, wie Alleinerziehende oder Frauen, die Gewalt erfahren haben, brauchen wir **mehr bezahlbare Wohnungen**. Für Menschen, die wegen einer psychischen Erkrankung in einer stationären Einrichtung behandelt wurden, oder Menschen, die ihre Freiheitsstrafe verbüßt haben, brauchen wir ein besseres Übergangsmanagement, damit

sie nicht in die Obdachlosigkeit entlassen werden. Das Gleiche gilt für **Jugendliche**, die in Einrichtungen der Jugendhilfe betreut werden. Auch sie brauchen dringend Wohnungen, wenn sie mit der Volljährigkeit diese Einrichtungen verlassen müssen. Es ist ein **Skandal, dass viele dieser Jugendlichen aktuell in Obdachlosenunterkünften untergebracht sind**.

Wir halten die aktuelle Unterbringung von Geflüchteten, darunter viele Kinder und Familien, in Massenunterkünften für falsch. Das fördert Abschottung und verhindert sowohl Bildung als auch Integration. Eine bessere Strategie wäre der **Bau sogenannter Mobiler Unterkünfte (MUFs)**, die später auch als Wohnungen, z. B. für Studierende, genutzt werden könnten. Den Ansatz, Pflegeheime oder Pflege-WGs z. B. für Studierende oder Auszubildende zu öffnen, wenn dort Zimmer zur Verfügung stehen, unterstützen wir. Denn beide Seiten profitieren von der Gemeinschaft.

Wir setzen uns für mehr Flexibilität und Weitsicht in der Stadtentwicklung ein: für eine inklusive, ganzheitliche und ressortübergreifende Stadtplanung. Dabei arbeiten wir mit Organisationen und Bündnissen wie dem Berliner Mieterverein, dem Bündnis für Neubau und bezahlbare Mieten (Wohnungswirtschaft: BBU, Haus und Grund, landeseigene Wohnungsunternehmen) und dem Bündnis Wohnungsnot stoppen, zusammen.

WAHLPOSITION 5
POLITIK,
VERWALTUNG,
ZIVILGESELLSCHAFT:
GEMEINSAM
FÜR EINE
FUNKTIONIERENDE
STADT



Zivilgesellschaftliche Akteure und Akteurinnen, wie freie gemeinnützige Organisationen und Vereine, sind unersetzlich, damit Kinder in der Kita betreut werden, Menschen mit Behinderungen aktiv sein können oder alte und kranke Menschen gut versorgt werden. Auch die unsichere Weltlage und der Klimawandel haben Auswirkungen auf die Menschen in Berlin. Um die zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir ein gemeinsames Planen und Handeln von Zivilgesellschaft, Politik, Senats- und Bezirksverwaltungen sowie staatlichen Behörden. Wir fordern eine Sozialplanung für ganz Berlin. Wir brauchen weniger Bürokratie, mehr Verlässlichkeit, gegenseitiges Vertrauen und Augenhöhe, um konkrete Lösungen umzusetzen. Wir alle sind Partner mit dem gleichen Ziel: **ein soziales, sicheres und zukunftsfähiges Berlin für alle.**

Wir merken es in unserem Alltag: Die Stadt ächzt unter den Herausforderungen. Mehr Menschen, mehr Armut, Behördenpingpong und eine marode Infrastruktur machen uns allen das Leben schwer. Wir brauchen eine Stadt, die auch in Zeiten großer Herausforderungen gut und sicher für alle Menschen funktioniert. Wir brauchen **Zusammenarbeit auf allen Ebenen und kein Denken in Schubladen. Wir fordern eine gesamtstädtische Sozial- und Gesundheitsplanung für Berlin**, damit wir wissen, wo Hilfe nötig ist und wie wir die Mittel effizient einsetzen. So sollen zum Beispiel Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen genauso wie die Sucht- und Drogenhilfe berlinweit gesteuert werden, damit es genügend Ressourcen an den sozialen Brennpunkten gibt.

Wir fordern **Wertschätzung, Verlässlichkeit und Transparenz im Umgang mit gemeinnützigen Organisationen und ihren Mitarbeitenden.** Versprochene Tarifierhöhungen müssen refinanziert und Zusagen für die Weiterführung von sozialen Projekten eingehalten und zeitnah umgesetzt werden. Denn wir, die Träger der freien Wohlfahrtspflege, sind keine Bittsteller: **Gemeinnützige Organisationen sichern das soziale Berlin. Statt mehr Kontrolle brauchen wir Vertrauen und Zusammenarbeit.**

Das neue Leistungs- und Vergütungssystem in der Eingliederungshilfe, also dort, wo Menschen mit Beeinträchtigungen unterstützt und betreut werden, ist ein Beispiel dafür, wo es schlecht läuft: Der Aufwand für Dokumentation und Controlling ist gestiegen, es bleibt weniger Zeit für die Menschen, die Hilfe brauchen. Wir fordern die **Einführung von Budgets für Leistungserbringer**, damit sie ihre Klientinnen und Klienten flexibel betreuen können. Wir brauchen die **Zusammenarbeit der Behörden auf allen Ebenen**, z. B. ganz konkret in den Bezirken, wenn es um die Hilfe für obdachlose und psychisch kranke Menschen geht. Wir fordern, dass Jobcenter und Sozialämter besser zusammenarbeiten und dadurch arme Menschen schneller unterstützt werden können. Wir brauchen mehr Kooperation statt ein Neben- und Gegeneinander.

Wir müssen behördliche Prozesse einfacher gestalten und gemeinsam Wege finden, wie wir **Berlin angesichts von Klimawandel, wachsender Armut und einer älter werdenden Gesellschaft stärken können. Unser Ziel ist ein soziales und sicheres Berlin für alle.**

IN WAS FÜR EINER STADT WOLLEN WIR LEBEN? WAS BRAUCHT BERLIN, UM FÜR ALLE LEBENSWERT ZU SEIN?

BERLIN ALS

SOZIALE STADT

WOHNORT FÜR ALLE

STADT FÜR KINDER UND FAMILIEN

GESUNDE STADT

STADT FÜR ÄLTERE UND PFLEGEBEDÜRFTIGE MENSCHEN

SICHERE STADT

OFFENE UND VIELFÄLTIGE STADT

ENGAGIERTE STADT

SOZIAL-INNOVATIVE STADT



BERLIN ALS SOZIALE STADT

Eingliederungshilfe

Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Arbeit und Beschäftigung

Armut und Existenzsicherung

Wohnungsnotfallhilfe



Eingliederungshilfe Selbstbestimmte Teilhabe stärken und Bürokratie abbauen

Wie ist die Lage?

Die **Umstellung der Assistenzleistungen** nach § 78 SGB IX ist notwendig, stellt Träger und Leistungserbringer aber vor große Herausforderungen. Werden die Probleme in der praktischen Umsetzung nicht rechtzeitig gelöst, drohen dauerhafte Fehlentwicklungen.

Die **landeseigene Software** ist noch nicht ausreichend auf die neue Leistungsstruktur ausgerichtet. Hinzu kommen Probleme bei Vorschuss- und Rechnungszahlungen. Fehlerhafte oder verspätete Zahlungen gefährden die Liquidität der Träger und damit die verlässliche Erbringung von Assistenzleistungen.

Der bürokratische Aufwand von der Beantragung bis zur Abrechnung wächst stetig. Viele Träger müssen zusätzliche Verwaltungskapazitäten schaffen. Dadurch fließen Zeit und Geld in Bürokratie statt in die Unterstützung der Menschen.

Teilhabe am Arbeitsleben ist eine wichtige Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe. Werkstätten für Menschen mit Behinderung bieten Arbeitsplätze und Entwicklungsmöglichkeiten. Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sind jedoch oft zu aufwendig oder nicht ausreichend abgesichert.

Was tun wir?

Wir beraten und unterstützen Leistungserbringer bei der Umstellung – fachlich, organisatorisch und bei Vergütungsfragen. Gleichzeitig bringen wir die Erfahrungen aus der Praxis in die Verhandlungen mit dem Land Berlin ein und arbeiten an Lösungen.

Wir suchen gemeinsam mit dem Land Berlin nach Lösungen und unterstützen Leistungserbringer bei der Rechnungslegung, damit sie trotz der Schwierigkeiten handlungsfähig bleiben.

Wir bringen konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung in die Verhandlungen mit dem Land Berlin ein und machen die finanziellen Folgen wachsender Bürokratie sichtbar.

Werkstätten gestalten Arbeit individuell nach Fähigkeiten und Interessen. Sie bieten Bildung und Qualifizierung, fördern soziale Kompetenzen und begleiten Menschen auf ihrem beruflichen Weg – in der Werkstatt und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Unsere Forderungen

- realistische Umstellungsfristen, die von allen Beteiligten bewältigt werden können
- schnelle Klärung und Korrektur der ersten Umstellungsprobleme, bevor sich Fehler dauerhaft verfestigen

- eine Software, die zur neuen Leistungsstruktur passt
- zahlungs- und abrechnungsprozesse, die die Liquidität der Träger sichern und eine verlässliche Leistungserbringung ermöglichen

- konsequente Entbürokratisierung der Leistungs- und Vergütungsstruktur
- mehr Zeit für Assistenz statt für Verwaltung
- trägerbudgets weiterentwickeln und umsetzen, um Verfahren zu vereinfachen und Stabilität zu schaffen

- Bildung, Qualifizierung und begleitende Angebote dauerhaft absichern und auskömmlich finanzieren
- Rahmenbedingungen schaffen, damit Werkstätten echte Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven eröffnen können
- Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch verlässliche und unbürokratische Verfahren erleichtern und absichern



Kontakt
Torsten Wischniewski
Stv. Geschäftsführer
T 030 86 001-167
wischniewski@paritaet-berlin.de

Teilhabe für Menschen mit Behinderungen Leistungen beschleunigen, Teilhabe stärken und Barrieren abbauen

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Wichtige Angebote fehlen insbesondere für neurodivergente Erwachsene und Menschen im Autismusspektrum. Betroffene warten lange auf Diagnosen und finden anschließend oft keine passenden Beratungs- und Unterstützungsangebote. Zudem fehlt es an verlässlichen Kurzzeitwohnangeboten für junge Menschen mit Behinderungen und ihre Familien.	Wir machen Versorgungslücken sichtbar, bringen sie in politische und fachliche Gremien ein und setzen uns für verlässliche Beratungs- und Unterstützungsangebote ein. Zudem werben wir für klare Zuständigkeiten und eine tragfähige Finanzierung durch die beteiligten Leistungsträger.	• eine Beratungsstelle für neurodivergente Erwachsene und Menschen im Autismusspektrum einrichten • nach Diagnosestellungen eine bedarfsgerechte Beratung und Unterstützung sicherstellen • Kurzzeitwohnangebote durch eine angemessene Anschubfinanzierung ausbauen • Rehabilitationsträger verbindlich am Teilhabeplanverfahren beteiligen
Nach § 224 SGB IX müssen Inklusionsbetriebe bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt berücksichtigt werden. Diese Möglichkeit wird in Berlin bislang nicht genutzt.	Wir vernetzen und stärken Inklusionsbetriebe und setzen uns politisch für gute Rahmenbedingungen ein.	• § 224 SGB IX in Berlin durch Verordnung oder Erlass umsetzen und Inklusionsbetriebe bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt berücksichtigen – auch bei Mehrkosten von bis zu 15 Prozent wegen Barrierefreiheit
Menschen mit Behinderungen und Nutzerinnen und Nutzer von Assistenzangeboten stehen vor großen Herausforderungen bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum.	Wir setzen uns politisch für die Schaffung von Wohn- und Unterstützungsangeboten ein und sensibilisieren für die Folgen fehlenden Wohnraums in allen dadurch zusätzlich belasteten Unterstützungssystemen.	• barrierefreien und sozialen Wohnraum konsequent und gezielt fördern
Menschen mit Behinderungen warten oft sehr lange auf Leistungen. Zuständigkeiten zwischen Teilhabe, Pflege, Gesundheit und Jugendhilfe sind häufig unklar. Teilhabeplanverfahren finden vielfach nicht statt. Bürokratische Hürden erschweren die Teilhabe, und auch die Digitalisierung schafft neue Barrieren.	Wir machen strukturelle Probleme in politischen Prozessen und Gremien sichtbar und bringen Vorschläge für schnellere und verlässlichere Verfahren ein.	• Bewilligungsverfahren beschleunigen • eine rechtskreisübergreifende Ombuds- und Clearingstelle für Streitigkeiten in der Eingliederungshilfe schaffen • Zuständigkeitskonflikte zwischen Rehabilitationsträgern klären und Teilhabeplanverfahren konsequent umsetzen • Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände verbindlich an der Neuausrichtung des Trägers der Eingliederungshilfe beteiligen • Teilhabe verlässlich und bedarfsgerecht finanzieren • Digitalisierung barrierefrei gestalten



Kontakt

Christian Peth

Ref. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
T 030 86 001-616
peth@paritaet-berlin.de



Positionspapier:
Handlungsempfehlungen
für eine wirksame Teilhabe-
politik von Menschen
mit Behinderungen in Berlin

Arbeit und Beschäftigung

Teilhabe- und Integrationsmöglichkeiten für Menschen ohne Arbeit stärken

Wie ist die Lage?

Der Anteil öffentlich geförderter Beschäftigung ist in den vergangenen Jahren gesunken. Durch Kürzungen bei den Zuverdienstplätzen **fehlen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die dauerhaft erwerbsgemindert sind.**

Die digitalen Zugänge zu den Jobcentern ermöglichen die Onlinebeantragung von Leistungen und die Kommunikation zwischen Leistungsberechtigten und Jobcentern. Allerdings sind jobcenter.digital und die Jobcenter-App nicht intuitiv bedienbar und setzen oft ein aktuelles Smartphone voraus. Für viele Leistungsberechtigte sind sie deshalb eine **zusätzliche Hürde beim Zugang zu Sozialleistungen** – auch dann, wenn Unterstützung vorhanden ist.

Jobcenter verwenden einen erheblichen Teil ihrer Mittel für standardisierte Maßnahmen, etwa Bewerbungstrainings oder Coachings. **Nach deutlichen Kürzungen bei Sprachkursen fehlen wichtige Angebote.** Gleichzeitig sinkt die Beratungszeit in den Jobcentern, obwohl die Zahl arbeitsmarktferner Leistungsbeziehender steigt.



Kontakt
Markus Pleyer
 Bezirksbeauftragter für
 Marzahn-Hellersdorf, Arbeit
 und Beschäftigung, Datenschutz
 T 030 86 001-623
 pleyer@paritaet-berlin.de

Was tun wir?

Der Paritätische Berlin wirkt in zwölf Berliner Jobcenterbeiräten mit und setzt sich für die Stärkung der Teilhabe langzeitarbeitsloser Menschen ein. Wir unterstützen Mitgliedsorganisationen und Jobcenter dabei, passende Hilfen und Strukturen für langzeitarbeitslose Menschen bereitzustellen.

Der Paritätische setzt sich dafür ein, dass digitale Angebote freiwillig nutzbar bleiben, und organisiert Informationsveranstaltungen für Beratungsstellen zur Nutzung der Anwendungen.

Paritätische Mitgliedsorganisationen entwickeln lebenslagenorientierte Maßnahmen, die Teilnehmende mit einem Gutschein selbst auswählen können. Außerdem bieten sie vielfältige Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Rahmen kommunaler Eingliederungsleistungen an, etwa Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung.

Unsere Forderungen

- Teilhabe am Arbeitsmarkt und Beschäftigung mit kommunalen Zuschüssen für Träger stärken
- Mindestanteil an Arbeitsgelegenheiten und Zuverdienstplätzen sichern
- Berliner Strategie gegen Langzeitarbeitslosigkeit entwickeln – gemeinsam mit Agenturen, Jobcentern, Senatsverwaltung und Trägern
- analoge Kommunikationswege zum Jobcenter auf Wunsch sichern
- durch Digitalisierung frei werdende Ressourcen in analoge Beratung investieren
- jobcenter.digital und Jobcenter-App nutzerfreundlicher und einfacher bedienbar weiterentwickeln
- Angebote stärken, die individuelle Hemmnisse erkennen und passgenaue Hilfen vermitteln
- Instrumente zur beruflichen Qualifizierung, einschließlich Sprachförderung, wieder stärker berücksichtigen
- Übergang von der Schule in den Beruf besser unterstützen
- Ziele, Wirkung und Akzeptanz indirekter Arbeitsmarktinstrumente regelmäßig und transparent auswerten

Armut und Existenzsicherung

Beratung zur Existenzsicherung sichern und ausbauen – mehr Unterstützung bei digitalisierten Prozessen

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Rund zehn Prozent aller Berliner Haushalte sind überschuldet. Für die Betroffenen und ihre Familien besteht ein hohes Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Angebote der Schuldner- und Insolvenzberatung reichen jedoch nicht aus, um allen Ratsuchenden rechtzeitig zu helfen.	Die anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen der Paritätischen Mitgliedsorganisationen beraten kostenlos und vertraulich. Sie unterstützen bei der Regulierung von Schulden, bei Insolvenzverfahren, bei der Klärung von Forderungen gegenüber Gläubigern und Vermietenden sowie bei Fragen der Existenzsicherung.	• die bisherige fallbezogene Finanzierung der Schuldner- und Insolvenzberatung durch eine verlässliche, bedarfsgerechte Landesförderung ersetzen • berlinweit einheitliche Standards für die tarifliche Eingruppierung von Beratungs- und Fachkräften schaffen
Die Allgemeine unabhängige Sozialberatung (AUSB) verzeichnet in den Berliner Bezirken seit Jahren einen starken Anstieg der Beratungsanfragen. Gleichzeitig hat die Einführung von jobcenter.digital und der Jobcenter-App den Aufwand in den Beratungsstellen deutlich erhöht.	Die Einrichtungen der allgemeinen unabhängigen Sozialberatung informieren und unterstützen im Umgang mit dem Jobcenter und anderen Behörden. Sie klären Leistungsansprüche, helfen bei Anträgen, beraten bei familiären, gesundheitlichen und finanziellen Problemen und vermitteln an spezialisierte Hilfsangebote.	• Angebote der allgemeinen unabhängigen Sozialberatung entsprechend der gestiegenen Nachfrage ausbauen • Beratungsstellen langfristig finanziell absichern, um erfahrene Fachkräfte zu halten • niedrigschwellige Sozialberatungsangebote in Nachbarschaftshäusern und Stadtteilzentren bedarfsgerecht stärken
Die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung erleichtert zwar viele Abläufe, schafft für Menschen mit Unterstützungsbedarf aber auch neue Hürden. Beratungsstellen müssen diese zusätzlichen Anforderungen auffangen.	Wir setzen uns dafür ein, dass Ratsuchende auch im digitalen Verwaltungssystem die notwendige Unterstützung erhalten und ihre Ansprüche wirksam wahrnehmen können.	• eigene Zugänge zu jobcenter.digital für Beratungsstellen und freie Träger zur besseren Unterstützung und Vertretung von Ratsuchenden • verbindliche Kooperationsvereinbarungen zwischen freien Trägern und Jobcentern sowie Sozialämtern



Kontakt

Tim Redfern

Ref. Armut und Wohnungsnotfallhilfe,
Straffälligen- und Opferhilfe
T 030 86 001-188
redfern@paritaet-berlin.de



Positionspapier:
Paritätische Forderungen
zu Armutsbekämpfung
und Existenzsicherung

Wohnungsnotfallhilfe

Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in den Fokus, mehr situationsbezogene und präventive Hilfen

Wie ist die Lage?

Die **Zahl wohnungs- und obdachloser Menschen in Berlin steigt weiter** drastisch an. Anfang 2026 waren mehr als 55.000 Menschen in Berlin wohnungslos. Dazu gehören rund 6000 Menschen, die auf der Straße leben. Schätzungsweise mehr als 15.600 Kinder leben in Berliner Notunterkünften für wohnungslose Menschen.

Was tun wir?

Paritätische Mitgliedsorganisationen bieten individuelle Beratung und Unterstützung für Menschen, die wohnungslos sind oder deren Wohnung gefährdet ist. Sie stellen befristet Wohnraum in Trägerwohnungen bereit, vermitteln Wohnungen über Housing-First-Projekte und unterstützen Menschen dabei, Zugang zum geschützten Wohnungsmarkt zu erhalten. Darüber hinaus bieten sie niedrigschwellige Hilfen, wie Notunterkünfte, Wohnungslosentagesstätten, medizinische Versorgung sowie aufsuchende Straßensozialarbeit, an.

Unsere Forderungen

- eine ressortübergreifende Strategie zur spürbaren Reduzierung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit für Berlin sowie Hinterlegung mit klaren Zielen, überprüfbaren Indikatoren und ausreichenden finanziellen Ressourcen
- niedrigschwellige Angebote für wohnungslose Menschen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen

Die Lebenslagen wohnungsloser Menschen sind oft komplex und vielfältig. Das Leistungssystem der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§67ff. Sozialgesetzbuch XII ist jedoch vergleichsweise starr. Das sogenannte Planmengen- und Basis-korrekturverfahren der Sozialämter setzt Anreize zur Begrenzung von Ausgaben in der Wohnungsnotfallhilfe, obwohl die Zahl wohnungsloser Menschen in Berlin weiter steigt.

Paritätische Träger der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII bieten individuelle Beratung und Unterstützung entsprechend dem jeweiligen Hilfebedarf – auch aufsuchend und begleitend. Der Paritätische Berlin setzt sich gemeinsam mit den LIGA-Verbänden für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung dieser Hilfen ein und unterstützt das Land Berlin mit seiner fachlichen Expertise.

- das Planmengen- und Basis-korrekturverfahren für die Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII abschaffen
- die Leistungstypen der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII flexibler gestalten, damit Menschen und Familien mit höherem Unterstützungsbedarf durch einen entsprechend höheren Betreuungsschlüssel unterstützt werden können



Kontakt

Tim Redfern

Ref. Armut und Wohnungsnotfallhilfe,
Straffälligen- und Opferhilfe
T 030 86 001-188
redfern@paritaet-berlin.de

BERLIN ALS WOHNORT FÜR ALLE

Wohnungspolitik



Wohnungspolitik

Bezahlbare Wohnräume schaffen und soziale Angebote vor Verdrängung schützen

Wie ist die Lage?

Immer mehr Menschen finden keine bezahlbare Wohnung.

Besonders betroffen sind Familien, junge Menschen sowie Menschen mit geringem Einkommen oder besonderem Unterstützungsbedarf.

In neuen Stadtquartieren wird soziale Infrastruktur wie Beratungsstellen, Treffpunkte oder unterstützende Wohnformen

bislang nicht von Beginn an ausreichend mitgedacht.

Steigende Gewerbemieten und fehlende Räume gefährden wichtige Angebote im Kiez. Sozialräume gehen verloren, obwohl der Bedarf wächst.

Was tun wir?

Wir vernetzen soziale Träger, Wohnungswirtschaft und Politik und machen sichtbar, wo der Bedarf an Wohnraum besonders groß ist. So entstehen verlässliche Grundlagen für eine soziale Wohnungspolitik. Außerdem unterstützen wir unsere Mitglieder bei innovativen Bauvorhaben zur Schaffung und langfristigen Sicherung von Wohnraum.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Wissen sozialer Träger früh in Planungen einfließt, damit neue Quartiere von Anfang an sozial gemischt, inklusiv und lebenswert werden.

Wir unterstützen soziale Träger dabei, ihre Räume zu sichern, bündeln fachliche Raumanforderungen und entwickeln tragfähige Konzepte für Mehrfachnutzungen, damit Flächen besser genutzt werden können.

Unsere Forderungen

- klare Leitplanken gegen überhöhte Mieten und verbindliche soziale Zielvorgaben für ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Förderprogramme besser aufeinander abstimmen und den Zugang zu landeseigenen Grundstücken sichern
- verlässliche Zusammenarbeit zwischen Senatsverwaltungen, Bezirken und sozialen Trägern schaffen
- dauerhaften Runden Tisch zum Wohnraum für Menschen mit besonderen Wohnbedarfen einrichten
- Verfahren vereinfachen und soziale Planung verbindlich verankern
- bezahlbare Gewerbemieten und Kündigungsschutz für soziale Nutzungen sichern
- Mehrfachnutzung in Bestand und Neubau verbindlich fördern, damit soziale Angebote verlässlich erhalten bleiben



Kontakt
Daniela Radlbeck
 Ref. Grundsatzfragen,
 Wohnungspolitik
 T 030 86 001-180
 radlbeck@paritaet-berlin.de

BERLIN ALS STADT FÜR KINDER UND FAMILIEN

Familie

Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz

Kinder- und Jugendarbeit

Jugendberufshilfe

Kindertagesbetreuung

Schulbezogene Jugendhilfe

Schule



Familie

Passgenaue und gut finanzierte Angebote, um Familien zu stärken und Kindern gute Chancen zu ermöglichen

Wie ist die Lage?

Das **Familienfördergesetz** verspricht passgenaue Angebote für die rund 350.000 Berliner Familien, insbesondere über die Familienzentren. Die Finanzierung in den Bezirken ist jedoch unsicher, gleichzeitig steigt der Druck, möglichst viele Angebote zu geringen Kosten bereitzustellen.

Immer mehr Kinder und Jugendliche suchen **Unterstützung in Erziehungs- und Familienberatungsstellen**. Gleichzeitig fehlt es an Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten (KiJu).

Bei der Betreuung von Kindern in Notsituationen bestehen Versorgungslücken. Dies betrifft insbesondere die Familienpflege nach §§67ff. Sozialgesetzbuch XII.

Was tun wir?

Wir beraten die Träger der Familienzentren zu Finanzierungsfragen, unterstützen sie im Umgang mit bezirklichen Unterschieden und fördern den Austausch von Erfahrungen und Fachwissen.

Die Paritätischen Mitgliedsorganisationen beraten Kinder, Jugendliche, Eltern und Fachkräfte in multiprofessionellen Teams. Sie bieten Präventionsprojekte zur Stärkung der Erziehungskompetenz an, vernetzen sich im Bezirk und wirken an der fachlichen Weiterentwicklung der Beratungsstellen mit.

Die Paritätischen Mitgliedsorganisationen unterstützen Familien in Krisensituationen und ermöglichen es Kindern bis zwölf Jahre, in ihrem vertrauten familiären Umfeld zu bleiben. Dafür schließen sie Einzelvereinbarungen mit den Jugendämtern.

Unsere Forderungen

- Einführung einer Kostenuntergrenze für Angebotsstunden in Familienzentren, um die Qualität der Familienförderung zu sichern
- Einführung eines Produkts „Ehrenamt“ in der bezirklichen Kosten- und Leistungsrechnung, um Angebote gezielter steuern zu können
- Erhöhung der personellen Mindestfinanzierung der Familienzentren auf 1,5 Vollzeitäquivalente

- die Teams der Beratungsstellen durch mehr Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten stärken, damit die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen besser erfüllt werden können
- Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten müssen verbindlicher Bestandteil der Teams sein, auch bei freien Trägern, die Finanzierung muss entsprechend angepasst werden

- Familienpflege als wichtigen Baustein der Unterstützungsstruktur durch die Senatsverwaltung anerkennen
- die Finanzierung erhöhen, damit ausreichend Personal für die hohe Nachfrage zur Verfügung steht



Kontakt
Astrid Lück
 Ref. Familie, Frauen
 und Mädchen
 T 030 86 001-230
 lueck@paritaet-berlin.de



Positionspapier:
 Verlässliche Finanzierung
 und einheitliche Steuerung
 für bezirkliche Familienzentren
 jetzt umsetzen



Positionspapier:
 Bedarfe und Ressourcen
 einer wirkungsvollen
 Familienförderung durch
 Familienzentren

Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz

Versorgungslage für betroffene Familien trotz Kostendruck erhalten und weiter ausbauen

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Steigende und komplexere Bedarfe führen zu einer spürbaren Überlastung in den Hilfen zur Erziehung und im Kinderschutz . Kinder und Jugendliche stehen zunehmend unter Druck – etwa durch Armut, psychische Belastungen oder Fluchterfahrungen. Gleichzeitig warten Familien lange auf Hilfe und Fachkräfte arbeiten an ihrer Belastungsgrenze. Die Folge ist eine Betreuungskrise, die Beziehungsgestaltung, Kinderschutz und Beteiligung erschwert.	Als Verband beraten und unterstützen wir freie Träger im Arbeitsalltag und in Krisensituationen. Wir bringen die Situation der Träger in politische Debatten auf Landes- und Bezirksebene ein. In Gremien wie Senat, Abgeordnetenhaus oder LIGA wirken wir an Stellungnahmen zu Haushaltsverhandlungen, Gesetzesentwürfen und Rahmenverträgen mit.	- Leistungen, die im SGB VIII gesetzlich festgelegt sind, verlässlich anbieten und einhalten - freie Träger als zentrale Säule der Hilfen zur Erziehung stärken und verlässlich refinanzieren, Unterfinanzierung darf ihre Existenz nicht gefährden - Kinderschutz als höchste Priorität
Zwischen Kostendruck und Qualitätsanspruch entsteht ein Spannungsfeld, das die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Krisen erschwert.	Wir stärken die Zusammenarbeit der Träger durch Austauschforen, Fachausschüsse und Arbeitskreise. So werden Erfahrungen gebündelt und gemeinsame Strategien entwickelt. Wir unterstützen Träger bei der Entwicklung und Umsetzung von Kinderschutzstandards, Beschwerdeverfahren und Schutzkonzepten.	- eine auskömmliche und dynamisierte Finanzierung für Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz - Schluss mit pauschalem Spardruck auf Kosten von Kindern, Jugendlichen und Fachkräften, Budgets müssen sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren
Hilfen zur Erziehung und Unterstützung beim Übergang ins Erwachsenenleben werden in Berlin zunehmend zu früh beendet . Einige Jugendämter sagen offen, dass mit dem 18. Geburtstag die Entwicklung junger Menschen abgeschlossen sei – und handeln entsprechend. Das ist lebensfern und verstößt gegen Bundesrecht. Gerade der Übergang in Ausbildung, Wohnen, psychische Stabilität und Selbstständigkeit ist besonders sensibel. Wer Hilfen aus Kostengründen zu früh beendet, verschärft soziale Probleme.	Wir setzen uns dafür ein, dass junge Volljährige die Unterstützung erhalten, die sie brauchen – verlässlich, bedarfsgerecht und rechtskonform. Das Kinder- und Jugendhilferecht ist eindeutig: Hilfen für junge Volljährige müssen gewährt werden, wenn und solange sie notwendig sind. Entscheidend ist nicht das Alter auf dem Papier, sondern die individuelle Lebenslage. Jugendhilfe darf nicht an Sparlogiken scheitern.	- Gesetze einhalten: bundesgesetzliche Regelungen zu Hilfen für junge Volljährige in allen Berliner Bezirken konsequent umsetzen - Bedarf vor Kassenlage: Entscheidungen über Hilfen nicht aus Kostengründen treffen, sondern auf Grundlage des tatsächlichen Unterstützungsbedarfs - Hilfen verlässlich fortführen: Unterstützung so lange gewähren, wie sie für ein selbstbestimmtes Leben notwendig ist



Kontakt
Thomas Kasper
 Ref. Hilfen zur Erziehung
 und Kinderschutz
 T 030 86 001-162
 kasper@paritaet-berlin.de

Kinder- und Jugendarbeit

Offene Orte und verlässliche Angebote für junge Menschen sichern

Wie ist die Lage?

Kinder und Jugendliche haben einen gesetzlichen **Anspruch auf ein vielfältiges Angebot** der Kinder- und Jugendarbeit – und zwar in der Nähe ihres Wohnorts. Die im Berliner Jugendfördergesetz festgelegten Standards werden jedoch nicht in allen Bezirken erfüllt.

Die **Kinder- und Jugendarbeit** in Berlin **steht unter Druck**: Kürzungen in den Bezirken, Probleme bei der Bereitstellung von Tarifmitteln, späte Finanzierungszusagen, sanierungsbedürftige Einrichtungen, steigende Kosten und zu niedrige Personalschlüssel erschweren eine gute pädagogische Arbeit. Bei unzureichender Finanzierung müssen freie Träger z. B. Personal entlassen oder Öffnungszeiten von Jugendfreizeiteinrichtungen reduzieren.

Alle Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind gesetzlich verpflichtet, ein institutionelles **Kinderschutzkonzept** vorzuhalten. Dieses muss unter Beteiligung aller Personen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Derzeit existieren zu Schutzkonzepten in der Kinder- und Jugendarbeit keine berlineinheitlichen Qualitätsstandards.

Was tun wir?

In der Kinder- und Jugendarbeit lernen junge Menschen demokratische Grundprinzipien kennen und entwickeln ihr Selbstwertgefühl. Mit ihren Angeboten unterstützen unsere Mitglieder die Bezirke dabei, die gesetzlichen Vorgaben des Landes zu erfüllen. Als Verband fördern wir Austausch- und Netzwerkstrukturen, um die Umsetzung des Jugendfördergesetzes voranzubringen.

Viele junge Menschen nutzen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit regelmäßig und bauen dort vertrauensvolle Beziehungen zu Fachkräften auf. Dabei bringen sie die Themen ein, die sie bewegen. Die Fachkräfte reagieren flexibel auf ihre Bedarfe. Wir beraten und unterstützen unsere Mitglieder, bieten fachlichen Austausch sowie Fortbildungen an und vertreten ihre Interessen auf Landes- und Bezirksebene.

Unsere Mitgliedsorganisationen haben in Eigenleistung eigene Schutzkonzepte für ihre Angebote und Einrichtungen entwickelt. Einige Träger bieten darüber hinaus Fortbildungen und externe Prozessbegleitung zur Entwicklung und Weiterentwicklung institutioneller Schutzkonzepte an.

Unsere Forderungen

- Bereitstellung der im Jugendfördergesetz vorgesehenen Mittel durch das Land Berlin
- Sicherstellung einer zweckgebundenen Verwendung der Mittel in den Bezirken
- bezirksübergreifend einheitliche Anwendung der Fachstandards Umfang und Qualität
- auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit – einschließlich tariflicher Anpassungen und steigender Sachkosten
- rechtzeitige Finanzierungszusagen für die Träger
- Sanierung der Jugendfreizeiteinrichtungen unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit
- Bewilligung angemessener Personalschlüssel in den Jugendfreizeiteinrichtungen
- Bereitstellung finanzieller Mittel für die Entwicklung und Weiterentwicklung institutioneller Schutzkonzepte
- Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards zum institutionellen Kinderschutz in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin unter Einbezug der Verbände und der freien Träger



Kontakt

Verena Teuber

Ref. Kinder- und Jugendarbeit,
Jugendsozialarbeit
T 030 86 001-170
teuber@paritaet-berlin.de



Positionspapier:
Institutionellen Kinderschutz in der Kinder- und Jugendarbeit stärken

Jugendberufshilfe

Jugendberufshilfe stärken und Übergänge in Ausbildung und Arbeit sichern

Wie ist die Lage?

Junge Menschen mit Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule ins Berufsleben haben gesetzlichen Anspruch auf Unterstützung, etwa durch Angebote der Jugendberufshilfe nach §§ SGB VIII 13 Absatz 2 und 13 Absatz 3. Angebote der Jugendberufshilfe dürfen nicht verkürzt oder verweigert werden, weil finanzielle Ressourcen fehlen. Dennoch zeigen sich in einigen Bezirken trotz steigendem Bedarf rückläufige Belegungszahlen. Die Angebote freier Träger sind nicht mehr ausgelastet.

Für manche junge Menschen ohne Anschlussperspektive nach der 10. Klasse ist die Jugendberufshilfe der Ort, an dem sie ihr Potenzial entdecken und einen Schulabschluss oder eine Ausbildung erfolgreich abschließen können. Die **Akteure am Übergang von der Schule in den Beruf sind jedoch nicht ausreichend vernetzt**. Die Jugendberufshilfe als Alternative zum 11. Pflichtschuljahr ist beispielsweise nicht bekannt.

Was tun wir?

In den Angeboten unserer Mitgliedsorganisationen, die Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Ausbildung und Wohnen umfassen, entwickeln junge Menschen aus schwierigen Lebenslagen eine Perspektive. Soziale Ungleichheiten werden dadurch verringert. Wir vernetzen die Akteure der Jugendberufshilfe, beraten unsere Mitglieder im Einzelfall und unterstützen sie in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Zudem machen wir die Wirksamkeit der Jugendberufshilfe in verschiedenen Zusammenhängen sichtbar.

In der Jugendberufshilfe entwickeln junge Menschen eine stabile persönliche und wirtschaftliche Grundlage. Die Angebote unserer Mitgliedsorganisationen haben sich bewährt und eröffnen neue Chancen für junge Menschen, die in anderen Bildungsangeboten oft bereits viele Misserfolge erlebt haben.

Wir vernetzen die Akteure am Übergang Schule–Beruf und setzen uns für eine bessere Verzahnung der Angebote im Sinne der jungen Menschen ein.

Unsere Forderungen

- Wiedereinführung der 100-prozentigen Basiskorrektur für Angebote der Jugendberufshilfe, um den Erhalt und Ausbau der Angebote in den Bezirken zu unterstützen
- systematisches Monitoring der Belegungszahlen in den Bezirken für die einzelnen Angebotsformen sowie der Beratungen einschließlich der Gründe für die Gewährung oder Ablehnung von Hilfen
- bessere Information und Vernetzung der Akteure an der Schnittstelle Schule–Jugendberufshilfe
- klare Beschreibung von Zuständigkeiten und Schnittstellen beider Systeme



Kontakt

Verena Teuber

Ref. Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
T 030 86 001-170
teuber@paritaet-berlin.de

Kindertagesbetreuung

Familien mit ihren Kindern stärken, Qualität sichern und Fachkräfte entlasten

Wie ist die Lage?

Zahlreiche Berliner Kitagebäude sind dringend sanierungsbedürftig. Dadurch geraten wichtige Kitastandorte und eine wohnortnahe Versorgung mit Kitaplätzen für Familien in Gefahr.

Gute Kita-Qualität braucht ausreichend Zeit für die Arbeit mit den Kindern sowie für Vorbereitung, Teamabsprachen, Elternarbeit und Dokumentation. Diese **Aufgaben werden im aktuellen Personalschlüssel nicht ausreichend berücksichtigt.**

Für einen inklusiven Kita-Alltag und die gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder **brauchen Kitas ausreichend qualifiziertes Personal** und genügend Zeit für die individuelle Begleitung der Kinder.

Familien in Berlin sind sprachlich, kulturell und sozial vielfältig. Viele stehen unter **besonderen Belastungen**, etwa durch Armut, beengten Wohnraum oder Unsicherheiten beim Aufenthaltsstatus oder der Erwerbstätigkeit.

Was tun wir?

Wir ermitteln die Bedarfe unserer Träger und bringen diese in Politik und Verwaltung ein. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass freie Träger gleichberechtigt Zugang zu Fördermitteln für die Sanierung von Kitas erhalten.

Wir machen sichtbar, wie viel Arbeitszeit für Vorbereitung, Teamabsprachen, Elternarbeit und Dokumentation tatsächlich benötigt wird. Zudem bringen wir die Perspektive der freien Träger in Gespräche mit Politik und Verwaltung ein.

Wir verstehen Inklusion als zentrales Thema des Verbands und entwickeln es gemeinsam mit den verschiedenen Fachbereichen weiter. Wir verfolgen aktuelle Entwicklungen, tauschen uns mit relevanten Akteuren aus und erarbeiten fachliche Positionen.

Wir entwickeln gemeinsam mit unseren Mitgliedern eine fachliche Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung von Kitasozialarbeit und wirken aktiv am Steuerungsprozess auf Landesebene mit.

Unsere Forderungen

- ausreichende Sanierungsmittel bereitstellen, um die Infrastruktur zu erhalten und Kitastandorte langfristig zu sichern
- Fachkräfte entlasten und mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern schaffen
- eine realistische mittelbare pädagogische Arbeitszeit anerkennen, um den Zeitbedarf für Vorbereitung, Elternarbeit, Teamabsprachen und Dokumentation bei der Personalbemessung zu berücksichtigen
- ein zusätzliches Unterstützungssystem für Kinder schaffen, deren Bedarf über einen wesentlich erhöhten Förderbedarf hinausgeht
- Kitasozialarbeit dauerhaft sichern und ausbauen
- Familien frühzeitig stärken, Zugänge zu Unterstützungsangeboten erleichtern und den Kita-Alltag entlasten



LIGA-DaKS-Positionspapier:
Ideen für eine Stärkung
der Kindertagesbetreuung
anlässlich der Abgeordneten-
hauswahl 2026



Kontakt
Sabine Kosler
Ref. Kindertages-
betreuung
T 030 86 001-178
kosler@paritaet-berlin.de



Kontakt
Marie Biallet
Ref. Kindertages-
betreuung
T 030 86 001-179
baillet@paritaet-berlin.de



Kontakt
Merle Sasse
Mitarbeiterin
Ref. Kindertages-
betreuung
T 030 86 001-174
sasse@paritaet-berlin.de

Schulbezogene Jugendhilfe

Personalschlüssel erhöhen, Raumsituation verbessern, Kinder und Jugendliche ganzheitlich unterstützen

Wie ist die Lage?

Erzieherinnen und Erzieher an Berliner Schulen fehlt Zeit für vielfältige Bildungsangebote, die individuelle Begleitung von Kindern sowie die Unterstützung von Eltern. Mit dem aktuellen Personalschlüssel ist dies nicht leistbar. Im Ganztagsbetrieb sind 400 betreute Kinder und Teams mit 30 Mitarbeitenden an einer Schule keine Seltenheit. Die Ausstattung mit Leitungs- und Koordinierungsstunden reicht nicht aus, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Was tun wir?

Unter Einbeziehung der Kinder und ihrer Interessen entwickeln die Fachkräfte der Jugendhilfeträger pädagogische Konzepte mit Angeboten zum Lernen, Spielen und Entspannen. Dabei beziehen sie das gesamte Kollegium ein. Der regelmäßige Austausch mit Eltern unterstützt den Bildungserfolg der Kinder und ermöglicht Einblicke in die Lebenswelten der Familien.

Unsere Forderungen

- Verbesserung der Personalausstattung im Ganztag
- für Grundschulen: eine Erzieherin bzw. ein Erzieher für 15 Kinder im offenen und gebundenen Ganztag (13:30 bis 16:00 Uhr)
- mehr Zeit für Leitungs- und Koordinierungsaufgaben an großen Schulen
- Verbesserung der räumlichen Situation, insbesondere durch weniger doppelt genutzte Klassenräume
- mehr Zeit und bessere Rahmenbedingungen für das Mittagessen der Kinder
- zeitgemäße digitale Ausstattung für Erzieherinnen und Erzieher

Die Belastungen junger Menschen haben deutlich zugenommen.

Die Jugendsozialarbeit steht vor der Herausforderung, Schülerinnen und Schüler, Familien sowie Lehrkräfte zu unterstützen und im Blick zu behalten. **Dafür braucht es an allen Schulstandorten verlässliche und bedarfsgerechte Angebote.** Damit Jugendsozialarbeit wirken kann, müssen Angebote kontinuierlich verfügbar und so ausgestattet sein, dass Hilfe frühzeitig ansetzt und Krisen nicht weiter eskalieren.

Jugendsozialarbeit ist für alle Schülerinnen und Schüler vor Ort. Sie macht Angebote zur ganzheitlichen Förderung und unterstützt junge Menschen in ihrer individuellen, sozialen und schulischen Entwicklung. Die freien Träger der Jugendhilfe sichern mit qualifizierten Fachkräften den Kinderschutz und bieten schnelle Hilfe bei Krisen und Konflikten. Zudem unterstützt und berät Jugendsozialarbeit Lehrkräfte sowie Erziehungsberechtigte. Sie leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung von Teilhabe und Bildungschancen für alle jungen Menschen.

- Landesprogramm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen konsequent ausbauen
- alle Schulen – auch Schulen in freier Trägerschaft und Schulen mit Schulstationen – durch Jugendsozialarbeit freier Träger unterstützen
- die Mindestausstattung pro Standort auf mindestens zwei Stellen erhöhen
- die personelle Ausstattung entsprechend der Bedarfe der Schülerinnen und Schüler weiterentwickeln, um Qualität und Wirksamkeit der Angebote zu sichern



Kontakt
Anne Luther
Ref. Schulbezogene
Jugendhilfe
T 030 86 001-166
luther@
paritaet-berlin.de



Kontakt
Wolf-Peter Kramer
Ref. Schulbezogene
Jugendhilfe, Schule
T 030 86 001-167
kramer@
paritaet-berlin.de

Schule

Bildungsvielfalt sichern, freie Schulen stärken

Wie ist die Lage?

Schulen in freier Trägerschaft sind weiterhin nicht ausreichend und nicht auskömmlich finanziert.

Trotz einer Verbesserung des Zugangs für Familien mit geringem Einkommen durch Ersatzzahlungen des Landes ab August 2027 erhalten die Schulen keine Finanzierung für Schulsozialarbeit, Sachkosten und Investitionen. Auch die Digitalisierung müssen die Schulen aus Schulgeld oder Spenden finanzieren.

Was tun wir?

Paritätische Mitgliedsorganisationen mit Schulen in freier Trägerschaft entwickeln multiprofessionelle Lernteams, die sich an den Interessen und Ausgangslagen der Kinder orientieren. Sie erarbeiten differenzierte Konzepte für den Bildungs- und Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler. Eltern, Verwandte und Freunde unterstützen die Schulen dabei, Sachkosten sowie Gebäude und Grundstücke zu finanzieren. Viele Schulen haben zudem bereits eigene Angebote der Schulsozialarbeit aufgebaut. Die Fachschulen für Sozialpädagogik unserer Mitgliedsorganisationen leisten seit Jahren einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und sichern einen kontinuierlichen Theorie-Praxis-Transfer.

Unsere Forderungen

- die Ausstattung der Berliner Schulen darf nicht von der Schulträgerschaft abhängen
- die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft muss alle Kosten berücksichtigen – von Personal- und Sachkosten bis zu Gebäude- und Grundstückskosten
- Sonderprogramme des Landes Berlin, beispielsweise für Schulsozialarbeit, Demokratie-, Sport- oder Begabtenförderung, müssen auch Schulen offen stehen
- den Fachschulen für Sozialpädagogik muss der Theorie-Praxis-Transfer in der Teilzeitausbildung kostendeckend finanziert werden



Kontakt
Wolf-Peter Kramer
 Ref. Schulbezogene
 Jugendhilfe, Schule
 T 030 86 001-167
 kramer@
 paritaet-berlin.de

BERLIN ALS GESUNDE STADT

Gesundheitsförderung

HIV / Aids, sexuell übertragbare Infektionen, Hepatitiden

Hospize

Soziale Psychiatrie

Drogen und Sucht / Suchthilfe, Suchtprävention, Suchtselbsthilfe

Schwangerschafts(konflikt)beratung



Gesundheitsförderung

Mehr Gesundheit für eine bessere Lebensqualität in Berlin

Wie ist die Lage?

Menschen, die in sozial benachteiligten Stadtteilen leben, **nehmen Angebote des Gesundheitswesens häufig nicht in Anspruch.**

Chronische Erkrankungen wie rheumatische Erkrankungen, Diabetes mellitus, Mukoviszidose oder Krebs **sind für Betroffene häufig mit komplexen Problemlagen verbunden.** Viele wissen nicht, wie es nach einem Klinikaufenthalt weitergehen kann.

In Berlin steigt die Zahl der Menschen mit Demenz. Die Folgen belasten das familiäre und soziale Umfeld der Betroffenen stark.

Was tun wir?

Der Paritätische und seine Mitglieder erreichen Menschen in sozialen Brennpunkten beispielsweise durch integrierte Gesundheitszentren, in denen ärztliche Versorgung und soziale Unterstützung Hand in Hand gehen.

Wir beraten zu weiterführenden Hilfen und Leistungen der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Wir bieten psychosoziale Unterstützung – auch für Angehörige. Wir informieren über Selbsthilfeangebote und organisieren gemeinsame Freizeitaktivitäten mit anderen Betroffenen.

Unsere Mitgliedsorganisationen beraten Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen zu Möglichkeiten der Unterstützung und pflegerischen Versorgung. Wir unterstützen und entlasten pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz.

Unsere Forderungen

- einen flächendeckenden Ausbau integrierter Gesundheitszentren in sozialen Brennpunkten Berlins
- ein gutes Übergangsmanagement vom stationären Aufenthalt in die ambulante Weiterversorgung sowie begleitende Vorbereitungsgespräche mit den Patientinnen und Patienten
- eine gut ausgebaute Nachsorge für chronisch kranke Menschen, die verbindlich Informationen über Pflege und Hilfe zur Selbsthilfe beinhaltet
- einen Ausbau der Angebote von Patientenorganisationen in Berlin
- einen Ausbau der Angebote für Menschen mit Demenz
- einen deutlichen Ausbau der Hilfen und Unterstützungsangebote für Angehörige von Menschen mit Demenz
- gezielte Informationen über Unterstützung und Hilfen für Angehörige von Menschen mit Demenz



Kontakt
Heike Drees
 Ref. Suchthilfe,
 Gesundheitsförderung,
 HIV/Aids, STI, Hepatitiden
 T 030 86 001-168
 drees@paritaet-berlin.de

HIV / Aids, sexuell übertragbare Infektionen, Hepatitiden

Sexuelle Gesundheit fördern – HIV / Aids und Virushepatitis in Berlin beenden

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
In Berlin leben nach Schätzung des Robert Koch-Instituts 2024 rund 16.900 Menschen mit HIV-Diagnose . Die Zahl der Neuinfektionen wird auf 230 geschätzt. Gleichzeitig erhielten etwa 310 Menschen erstmals eine HIV-Diagnose.	Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen klären über HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen auf. Wir bieten niedrigschwellige Tests und Beratung an, damit Menschen frühzeitig von einer Infektion erfahren und behandelt werden können. Wir versorgen Zielgruppen in spezialisierten Einrichtungen wie dem queeren Gesundheitszentrum Checkpoint BLN.	• Ausbau einer umfassenden Teststrategie mit niedrigschwelligem Zugang zu Tests und Beratung • Stärkung der Präventionsangebote zu HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen, um Folgekosten zu verhindern • alles dafür zu tun, dass die Zahl der HIV-Infektionen nicht wieder ansteigt
In Berlin steigt die Zahl der Menschen mit Hepatitis B und C .	Wir klären über Infektionsrisiken und Übertragungswege auf. Wir testen und beraten Menschen mit erhöhtem Infektionsrisiko. Wir geben hygienisch einwandfreie Konsumutensilien im Kontext von Drogenkonsum aus.	• Ausbau von Strategien der Gesundheitsförderung für vulnerable Gruppen • flächendeckende Angebote der Infektionsprophylaxe, einschließlich der Ausgabe steriler Konsumutensilien im Strafvollzug
Menschen mit HIV und anderen (sexuell) übertragbaren Infektionen erleben häufig Diskriminierung und Stigmatisierung – auch im Gesundheitswesen.	Wir setzen uns gegen Diskriminierung ein und stärken die Akzeptanz von Menschen mit HIV und anderen (sexuell) übertragbaren Infektionen.	• breit angelegte Awareness-, Bildungs- und Fortbildungsprogramme – insbesondere für Schulen, Gesundheitswesen und Öffentlichkeit
Berlin ist 2016 der Fast-Track-City-Initiative beigetreten und hat sich verpflichtet, HIV und Aids bis 2030 zu beenden.	Wir haben gemeinsam mit freien Trägern, dem öffentlichen Gesundheitsdienst und Kliniken ein Fast-Track-City-Netzwerk aufgebaut. Wir haben Vorschläge für einen Aktionsplan gegen HIV / Aids und andere (sexuell) übertragbare Infektionen entwickelt. Wir unterstützen das Land Berlin dabei, die Ziele der Fast-Track-City-Initiative umzusetzen.	• einen abgestimmten Aktionsplan zur Umsetzung der Ziele der Fast-Track-City Berlin mit verbindlich vereinbarten Maßnahmen • einen regelmäßigen Runden Tisch Fast-Track-City mit den relevanten Senatsverwaltungen • Ausbau von Präventionsangeboten, die Menschen in ihrem Alltag erreichen • stärkerer Fokus auf vulnerable Gruppen wie wohnungslose Menschen, Menschen ohne Krankenversicherung, Menschen in Haft und Menschen in der Sexarbeit

Kontakt

Heike Drees

Ref. Suchthilfe,
Gesundheitsförderung,
HIV / Aids, STI,
Hepatitiden
T 030 86 001-168
drees@paritaet-berlin.de



Appell der Fachgruppe
HIV / Aids zu den
Haushaltsverhandlungen
2026/2027: Kampf gegen
Aids auf lokaler Ebene
wichtiger denn je!

Hospize

Hospizversorgung sichern, Bürokratie abbauen und Finanzierung verlässlich gestalten

Wie ist die Lage?

Die Nachfrage ist hoch, die Plätze sind knapp. Viele Menschen brauchen am Lebensende eine gute Begleitung, doch **freie Hospizplätze sind nicht immer sofort verfügbar**.

Koordination kostet Zeit, wird aber häufig zu wenig berücksichtigt. Die Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV), Pflegeeinrichtungen, Ärztinnen und Ärzten, Sozialdiensten und Behörden ist für eine gute Versorgung entscheidend.

Die Kosten steigen, die Finanzierung hält oft nicht Schritt. Mieten, Energie, Lebensmittel, Sach- und Personalkosten steigen, während Refinanzierungsverfahren häufig langsam und bürokratisch sind.

Was tun wir?

Wir vertreten die Hospize politisch und gegenüber den Kostenträgern. Die Erfahrungen unserer Mitglieds-einrichtungen bringen wir in Gespräche mit dem Senat, den Krankenkassen und relevanten Gremien ein.

Wir stärken Hospize, Initiativen und Projekte und unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen bei Fragen zu Rahmenbedingungen und Umsetzung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die tatsächlichen Anforderungen der Hospizarbeit hinsichtlich in Finanzierung und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Unsere Forderungen

- Hospizplätze in Berlin bedarfsgerecht ausbauen und dauerhaft sichern
- Übergänge zwischen Krankenhaus, Hospiz und Versorgung zu Hause durch verbindliche Kooperationen und klare Zuständigkeiten verbessern
- ausreichende Kapazitäten schaffen, damit niemand durchs Raster fällt
- Prüf- und Dokumentationsanforderungen vereinfachen: einheitliche Standards, weniger Doppelprüfungen sowie klare und verständliche Vorgaben
- Bescheide, Verträge und Regelungen in verständlicher Sprache formulieren, damit Einrichtungen weniger Zeit für Nachfragen und Klärungen aufwenden müssen
- Kostensteigerungen bei Tariflöhnen, Inflation, Energie, Mieten und Lebensmitteln schneller und automatisch ausgleichen
- Koordination, Beratung, psychosoziale Begleitung, Trauerbegleitung und Angehörigenarbeit als zentrale Leistungen der Hospizarbeit dauerhaft absichern



Kontakt

Marco Peschke

Ref. Ambulante Pflege,
Ambulante und stationäre Hospize
T 030 86 001-502
peschke@paritaet-berlin.de

Soziale Psychiatrie

Mit gemeindepsychiatrischen Angeboten Menschen in Krisen helfen und Teilhabe stärken

Wie ist die Lage?

Berlin verfügt über starke **gemeindepsychiatrische Angebote**. Freie Träger haben über Jahrzehnte Hilfen aufgebaut, die Menschen in psychischen Krisen stabilisieren, Teilhabe ermöglichen und Klinikaufenthalte vermeiden oder verkürzen.

Die Mehrheit der Träger, die sich in diesem Bereich engagieren, sind im Paritätischen Berlin organisiert.

Doch diese **Strukturen geraten zunehmend unter Druck**.

Immer mehr Menschen brauchen Unterstützung. Fachkräftemangel, steigende Kosten und Sparzwänge belasten die Versorgung. Neue Abrechnungsregeln in der Eingliederungshilfe führen zu mehr Bürokratie und erschweren flexible Hilfen für Menschen mit komplexen Unterstützungsbedarfen.

Viele niedrigschwellige Angebote wie Kontakt- und Beratungsstellen oder Krisenhilfen sind weiterhin **befristet und nicht auskömmlich finanziert**. Dadurch wird Prävention geschwächt – mit hohen sozialen und finanziellen Folgekosten.

Besorgniserregend ist auch die zunehmende **sicherheitspolitische Debatte über psychische Erkrankungen**. Forderungen nach Registern und mehr Datenaustausch zwischen Gesundheits-, Ausländer- und Sicherheitsbehörden fördern Stigmatisierung statt Unterstützung.

Was tun wir?

Unsere Mitgliedsorganisationen sorgen dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo Menschen sie brauchen: im Alltag und wohnortnah. Sie fangen Krisen früh auf, stabilisieren Betroffene in ihrem Alltag, ermöglichen Teilhabe und tragen dazu bei, Klinikaufenthalte zu vermeiden oder zu verkürzen.

Kontakt- und Beratungsstellen, Suchtberatung, betreutes Wohnen, Tagesstätten und Zuversichtsangebote geben Halt, sichern Übergänge nach Klinikaufenthalten und verhindern soziale Isolation oder Wohnungsverlust.

Unsere Forderungen

- gemeindepsychiatrische Versorgung konsequent und verbindlich an den Bedürfnissen der Menschen mit den größten Unterstützungsbedarfen ausrichten
- Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe garantieren
- außerklinische Pflichtangebote nach § 5 PsychKG dauerhaft und auskömmlich finanzieren und die bisherige Zuwendungspraxis durch verlässliche Finanzierungsformen ersetzen
- die Eingliederungshilfe teilhaberecht weiterentwickeln, Bürokratie abbauen und Menschen mit komplexen Unterstützungsbedarfen besser absichern
- Trägerbudget einführen und erproben, um flexible und personenzentrierte Unterstützung zu ermöglichen
- gemeindepsychiatrische Verbünde stärken und die Zusammenarbeit von Kliniken, Gemeindepsychiatrie, Eingliederungshilfe sowie Sucht- und Wohnungslosenhilfe verbindlich gestalten
- verlässliche Anschlussversorgung nach Klinikaufenthalten sicherstellen, insbesondere für Menschen ohne sicheren Wohnraum
- psychische Krisen nicht kriminalisieren, Datenschutz und fachliche Zusammenarbeit sichern, Prävention und Unterstützung statt Datenaustausch und Stigmatisierung



Kontakt
Uwe Brohl-Zubert
 Ref. Soziale Psychiatrie,
 Queere Lebensweisen
 T 030 86 001-555
 brohl-zubert@paritaet-berlin.de

Drogen und Sucht, Suchthilfe, Suchtprävention, Suchtselbsthilfe Menschen mit Suchterkrankungen stabilisieren, Risiken minimieren und Perspektiven schaffen

Wie ist die Lage?

Der Konsum psychoaktiver Substanzen führt zu erheblichen gesundheitlichen und sozialen Folgen sowie zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten.

Was tun wir?

Unsere Mitglieder stabilisieren Menschen mit Suchterkrankungen und entlasten Angehörige durch gezielte Beratung und Unterstützung. Sie ermöglichen den Zugang zu passgenauen Hilfen und fördern die gesellschaftliche Teilhabe suchtkranker Menschen. Sie tragen dazu bei, dass Menschen mit Suchterkrankungen wieder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden.

Unsere Forderungen

- Prävention, Früherkennung und Frühintervention stärken, insbesondere in Schulen und Jugendeinrichtungen
- Menschen mit Suchterkrankungen entkriminalisieren: Sie brauchen Hilfe statt Strafverfolgung
- Suchtberatungsstellen aus den bezirklichen PEP-Mitteln herauslösen und in eine gesamtstädtische Planung und Steuerung integrieren – in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken
- Entwicklung und Umsetzung einer Landesstrategie Drogen und Sucht für Berlin

Die zunehmende Crackproblematik belastet den öffentlichen Raum und betrifft Anwohnende, Familien, Gewerbetreibende und Konsumierende gleichermaßen.

Wir helfen niedrigschwellig durch Straßensozialarbeit und aufsuchende Hilfen. Wir arbeiten eng mit Verantwortlichen in besonders belasteten Bezirken zusammen. Wir entwickeln Angebote bedarfsgerecht weiter, um schneller und passgenauer auf neue Entwicklungen reagieren zu können.

- eine Sucht- und Drogenpolitik, die frühzeitig auf Entwicklungen reagiert, um Risiken und Folgeschäden zu reduzieren
- einen bedarfsgerechten Ausbau niedrigschwelliger Hilfen, um sowohl betroffene Menschen als auch das Gemeinwesen zu schützen
- Orte schaffen, an denen konsumierende sozialarbeiterisch und medizinisch versorgt werden und der Erwerb von Substanzen zum Eigenkonsum kontrolliert ermöglicht wird

Menschen mit Suchterkrankungen ohne Krankenversicherung haben kaum Zugang zu Behandlung und Versorgung.

Wir haben ein Konzept für eine niedrigschwellige Substitutionsbehandlung für nichtversicherte Opiatkonsumierende in Drogenkonsumangeboten entwickelt.

- eine Drogen- und Suchtpolitik, die auch schwer suchtkranken Menschen ohne Leistungsansprüche eine verlässliche Versorgung ermöglicht

Kontakt

Heike Drees

Ref. Suchthilfe,
Gesundheitsförderung,
HIV/Aids, STI,
Hepatitiden

T 030 86 001-168

drees@paritaet-berlin.de



Appell für eine wirksame und zukunftsfähige Drogen- und Suchtpolitik in Berlin



Strategie für eine wirksame und nachhaltige Suchtpolitik in Berlin: Gesundheit fördern – Risiken minimieren – Perspektiven schaffen

Schwangerschafts(konflikt)beratung

Schwangerschaftsberatung sichern, Prävention stärken und Versorgung bedarfsgerecht ausbauen

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen erfüllen eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Fehlende Finanzierungsvorgaben gefährden jedoch eine verlässliche Versorgung.	Wir beraten und unterstützen Träger, begleiten konzeptionelle Weiterentwicklungen und fördern die Vernetzung der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen.	- eine gesetzlich geregelte Finanzierung: mit Vollfinanzierung der Personal- und Sachkosten, klaren Schlüsseln für Leitung und Verwaltung sowie einheitlichen Eingruppierungen, es braucht beispielsweise 0,1 Vollzeitäquivalente Leitungsanteil pro Beratungskraft, zusätzlich zur Mindestversorgung an Beratungskräften. - einheitliche Eingruppierung der Fachkräfte
Berlin fördert bislang nur die bundesgesetzliche Mindestversorgung, obwohl die Nachfrage aufgrund der sozialen Struktur der Stadt deutlich höher ist . Schwangerschaftsberatungsstellen leisten jedoch zentrale Prävention in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung, Sexualpädagogik sowie in Krisen- und Konfliktsituationen.	Die Paritätischen Mitgliedsorganisationen begleiten Menschen in belastenden Lebenslagen – etwa bei Fehlgeburten, ungewollter Kinderlosigkeit, finanziellen Nöten oder Konflikten in der Schwangerschaft. Wir fördern die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure der Schwangerschaftsberatung, unterstützen die konzeptionelle Weiterentwicklung und die Vernetzung. So tragen wir dazu bei, psychosoziale und medizinische Beratungsangebote zu sichern, damit Betroffene Unterstützung erhalten.	- eine regelhafte und transparente Bedarfsplanung sowie die systematische Auswertung der Berichte der Beratungsstellen - Erhöhung der Zahl der Beratungskräfte, insbesondere in den Professionen Psychologie und Humanmedizin
Es gibt einen hohen Beratungsbedarf von Psychologinnen und Psychologen und Ärztinnen und Ärzten, doch diese Professionen fehlen in vielen Teams .	Paritätische Mitgliedsorganisationen gewährleisten psychologische und medizinisch-psychosoziale Beratung, die Menschen in Schwangerschaftskonflikten und belastenden Lebenssituationen stabilisiert.	verpflichtende Qualitätsstandards der Beratungsstellen sowie Vorgaben für multiprofessionelle Teams bzw. den Planungsraum Berlin



Kontakt
Astrid Lück
 Ref. Familie, Frauen
 und Mädchen
 T 030 86 001-230
 lueck@paritaet-berlin.de

**VERBINDLICHE
KOOPERATION UND
EINE GEMEINSAME
SOZIALPLANUNG ZWISCHEN
ÖFFENTLICHEN UND
FREIGEMEINNÜTZIGEN
TRÄGERN SIND EIN
WICHTIGER SCHLÜSSEL.**



BERLIN ALS STADT FÜR ÄLTERE UND PFLEGEBEDÜRFTIGE MENSCHEN

Ältere Menschen und Seniorenpolitik

Ambulante Pflege

Pflegebedürftige Menschen in Heimen

Qualitätsmanagement in der Pflege und Altenhilfe



Ältere Menschen und Seniorenpolitik

Angebote und Strukturen der Altenhilfe stärken und älteren Menschen Teilhabe ermöglichen

Wie ist die Lage?

Die ursprüngliche Gesetzesinitiative für ein ein Altenhilfestrukturgesetz nach § 71 SGB XII für Berlin – war so konkret, dass mit ihrem Inkrafttreten bereits ein belastbarer Handlungsrahmen bestanden hätte. Das nun verabschiedete „Gesetz zur Regelung der Altenhilfestruktur im Land Berlin“ schafft dagegen zunächst nur einen Rahmen. Deshalb müssen viele untergesetzliche Schritte der Ausführung und Umsetzung bis Ende 2026 gemeinsam abgestimmt werden.

Altenhilfe und Prävention für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter liegen in vielen unterschiedlichen Verantwortlichkeiten. Gleichzeitig wird seniorenpolitische Mitwirkung durch komplizierte Strukturen unnötig erschwert. Die **Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes im Jahr 2026** könnte die Beteiligung und aktive Mitwirkung zusätzlich vor neue Herausforderungen stellen.

Berlin hat 2026 als erstes Bundesland die Leistungen der Altenhilfe nach § 71 des SGB XII mit einem **Altenhilfestrukturgesetz** beschrieben. Die wesentlichen Inhalte der Altenhilfe sind jedoch in noch zu entwickelnde Ausführungsvorschriften und in die Altenhilfeplanung ausgelagert.



Kontakt
Dr. Oliver Zobel
Ref. Stationäre Pflege,
Ältere Menschen
T 030 86 001-501
zobel@paritaet-berlin.de

Was tun wir?

Wir bringen unsere fachliche Expertise in die Ausgestaltung der Altenhilfe im Land Berlin ein und begleiten die nächsten Umsetzungsschritte eng. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass bestehende Strukturen genutzt und weiterentwickelt werden, damit Altenhilfe in Berlin verlässlich starten und wachsen kann.

Wir fördern die Zusammenarbeit aller Träger von Angeboten in Sozialräumen und Quartieren. Die Fachgruppe Ältere Menschen und viele Engagierte aus den Seniorenorganisationen sind in den seniorenpolitischen Gremien und Mitwirkungsstrukturen des Landes Berlin aktiv. So stärken wir die Interessen älterer Menschen und bringen die Perspektive der Praxis in die politische Arbeit ein.

Seit über zehn Jahren setzt sich die Fachgruppe Ältere Menschen für die Umsetzung des § 71 SGB XII als „Gutes-Altern-Berlin-Gesetz“ ein. Gemeinsam mit dem Landeseniorenbeirat hat der Paritätische die Weichen für eine erfolgreiche Gesetzesinitiative gestellt, sodass im Mai 2026 das Berliner Altenhilfestrukturgesetz beschlossen wurde. Wir sind in allen Gremien, im fachlichen Austausch und in den Diskussionen zur Gesetzesinitiative sowie zu den nächsten Schritten der Umsetzung aktiv.

Unsere Forderungen

- tragfähige Strukturen der Altenhilfe auf Grundlage bestehender Angebote und Netzwerke für die Startphase ab 2027
- praxisnahe Umsetzung, orientiert an den tatsächlichen Bedarfen älterer Menschen
- verlässliche Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Altenhilfeplanung im Land und in den Bezirken
- Mitgliedsorganisationen und Träger von Angeboten für ältere Menschen als verlässlicher Teil der kommunalen Altenhilfe anerkennen und fördern
- Mitwirkung älterer Menschen und ihrer Organisationen so gestalten, dass zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt und nicht durch komplizierte Strukturen erschwert wird
- Umsetzung des Altenhilfestrukturgesetzes so ausgestalten, dass ab 2027 verlässliche und handlungsfähige Strukturen der Altenhilfe bestehen
- noch ausstehende Ausführungsvorschriften und die Altenhilfeplanung zügig, verbindlich und unter Beteiligung der Praxis entwickeln

Ambulante Pflege

Gute Pflege zu Hause braucht weniger Bürokratie und verlässliche Finanzierung

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Die Versorgung ist angespannt. Viele Pflegedienste arbeiten am Limit: Es gibt zu wenig Personal, zu viele Anfragen und hohen Zeitdruck . Bürokratie bindet zusätzliche Ressourcen. Dokumentation, Prüfanforderungen und komplizierte Regeln kosten Zeit, die in der Versorgung fehlt.	Wir setzen uns für praxistaugliche Regeln ein und bringen die Perspektive von Trägern und Diensten in Gespräche mit Politik, Pflegekassen und Verwaltung ein. Wir stärken unsere Mitgliedsorganisationen – Pflegedienste, Träger und Initiativen – und unterstützen sie bei Fragen zu Rahmenbedingungen und Umsetzung.	• Bürokratie abbauen und Doppelarbeit beenden • Prüfungen schlanker, fairer und planbarer gestalten • Regeln und Verfahren vereinfachen • Digitalisierung so gestalten, dass sie tatsächlich entlastet • Zeit für Koordination anerkennen und finanzieren
Das System ist oft schwer verständlich . Leistungsbeschreibungen, Bescheide und Verträge sind häufig in komplizierter Sprache formuliert. Auch Begriffe werden nicht einheitlich verwendet. Das erschwert den Zugang zu Leistungen und die Orientierung im System.	Wir setzen uns dafür ein, dass Informationen zu Pflege, Leistungen und Abrechnung in verständlicher Sprache zur Verfügung stehen, damit Menschen schneller Hilfe bekommen. Außerdem arbeiten wir daran, die Besonderheiten der ambulanten Pflege sichtbar zu machen und verständliche Informationen für Betroffene, Angehörige und Einrichtungen zu fördern.	• Einfache Sprache in allen Schreiben, die Pflege betreffen – etwa von Pflegekassen, Behörden, in Verträgen, Bescheiden und Prüfhinweisen • einheitliche Begriffe und Bezeichnungen, damit gleiche Leistungen auch gleich benannt und erklärt werden • barrierearme Informationen, zum Beispiel in größerer Schrift, mit mehrsprachigen Kurzinfos und in digitalen Formaten
Ambulante Pflege ist finanziell benachteiligt. Die Vergütung bildet die tatsächlichen Kosten oft nicht ab – etwa für Personal, Wegezeiten und Ausfallrisiken. Gleichzeitig steigen Mieten, Energie- und Sachkosten. Auch neue Wohnformen, wie ambulant betreute Wohngemeinschaften, sind wichtig, werden aber bei Abrechnung und Finanzierung noch nicht konsequent mitgedacht.	Wir unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen dabei, wirtschaftlich stabil zu bleiben, und setzen uns dafür ein, dass die Besonderheiten ambulanter Pflege in der Finanzierung berücksichtigt werden. Außerdem fördern wir gemeinsam mit der freien Wohlfahrt Modellideen und Kooperationen, die Pflege, Entlastung und soziale Unterstützung im Quartier besser verbinden.	• Vergütung, die die tatsächlichen Kosten ambulanter Pflege abbildet • weniger Verhandlungsschleifen und mehr Verlässlichkeit bei der Finanzierung • mehr Transparenz für Pflegebedürftige und Angehörige • gleichwertige Finanzierung für ambulante Pflege und ambulant betreute Wohngemeinschaften • Modellräume schaffen, in denen neue Versorgungsformen mit weniger Hürden erprobt werden können



Kontakt

Marco Peschke

Ref. Ambulante Pflege,
Ambulante und
stationäre Hospize
T 030 86 001-502
peschke@paritaet-berlin.de

Pflegebedürftige Menschen in Heimen

Pflege im Quartier stärken und verlässliche Angebote für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sichern

Wie ist die Lage?

Der **Bedarf an Pflege steigt**. **Gleichzeitig entstehen neue Lücken** in der pflegerischen Unterstützung und Versorgung. Das gefährdet zunehmend die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen.

Was tun wir?

Wir setzen uns für eine vielfältige, quartiersbezogene Pflegeinfrastruktur ein – von Beratung und Prävention vor Eintritt von Pflegebedürftigkeit über Tagespflege und Betreuungsangebote bis zur stationären Pflege. Außerdem beraten und unterstützen wir unsere Mitgliedseinrichtungen bei der Entwicklung innovativer Konzepte.

Unsere Forderungen

- verlässliche und bezahlbare Pflegeangebote für alle Lebens- und Pflegesettings sichern
- eine Landespflegeplanung für Berlin schaffen, die Versorgungslücken und Defizite gezielt angeht
- eine aktive Investitionsplanung des Landes etablieren, um pflegerische Angebote in allen Stadtteilen sicherzustellen
- neue Pflegeangebote schaffen, die sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren

Die **Vertrags- und Rahmenbedingungen in der Pflege werden fortlaufend verhandelt** und weiterentwickelt. Dabei muss sichergestellt werden, dass sie den tatsächlichen Anforderungen von Pflege und Betreuung gerecht werden.

Der Paritätische Berlin setzt sich für einen modernen Berliner Rahmenvertrag in der Pflege ein, der dem heutigen Verständnis von Pflegebedürftigkeit gerecht wird und Pflege und Betreuung zusammendenkt. Außerdem engagieren wir uns für die Umsetzung einer bundeseinheitlichen und verbesserten Personalbemessung in der Pflege.

- Pflege und Betreuung als ganzheitlichen Anspruch auf Lebensqualität im Alter anerkennen
- die Vielfalt der Qualifikationen in Pflege und Betreuung abbilden und die veraltete Pflegefachkraftquote endgültig durch verbindliche Fachkraftanteile ersetzen
- Pflege und Betreuung als Beziehungsarbeit verstehen und die dafür nötigen bedarfs- und bedürfnisorientierten Freiräume schaffen

Die **ausbleibende Reform des Berliner Wohn- und Teilhabegesetzes** gefährdet bestehende stationäre und teilstationäre Pflegeangebote. Gleichzeitig erschwert sie innovative, kleinteilige neue Pflegeeinrichtungen im Bestand und im Sozialraum.

Wir setzen uns für den Erhalt und die Sicherung der bestehenden Pflegeinfrastruktur ein und fordern als ersten Schritt eine Erhöhung der Investitionskostenfinanzierung.

- das Berliner Wohn- und Teilhaberecht grundlegend weiterentwickeln, damit neue Angebote im Bestand und im Quartier ermöglicht werden und bestehende Einrichtungen nicht durch überholte Fristen gefährdet werden



Kontakt
Dr. Oliver Zobel
 Ref. Stationäre Pflege,
 Ältere Menschen
 T 030 86 001-501
 zobel@paritaet-berlin.de

Qualitätsmanagement in der Pflege und Altenhilfe

Hohe Pflegequalität braucht Raum für Innovation statt bürokratischer Hürden

Wie ist die Lage?

Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von pflegebedürftigen Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für Lebensqualität. Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen erschweren innovative und individuelle Ansätze in der pflegerischen Versorgung.

Gesetzliche Vorgaben und nicht aufeinander abgestimmte Regelungen bei Prüf- und Nachweisverfahren zur Qualitätssicherung und -kontrolle kosten professionell Pflegenden wertvolle Ressourcen. Pflege ist Beziehungsarbeit. Professionelle Pflege braucht Freiraum für eine person-zentrierte Unterstützung. Jeder Mensch ist einzigartig in seinen Bedarfen und Bedürfnissen.

Was tun wir?

Der Paritätische Berlin setzt sich dafür ein, dass die Menschen in unseren Mitgliedsorganisationen mündig und selbstbestimmt leben können. Wir beraten und unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen bei der Entwicklung innovativer Konzepte. Zudem bringen wir uns in Gremien ein und arbeiten an Lösungsstrategien unter Einbeziehung aller Beteiligten mit.

Der Paritätische Berlin fördert aktiv die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation durch das Strukturmodell in pflegerischen Einrichtungen und Diensten. Außerdem setzen wir uns für einheitliche Nachweis- und Prüfverfahren sowie für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Pflege durch einen qualifikationsgerechten Personaleinsatz ein.

Unsere Forderungen

- die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen durch die konsequente Wahrung ihrer Selbstbestimmung und die Ermöglichung sozialer Teilhabe stärken
- innovative Konzepte brauchen ausreichende Ressourcen statt starrer gesetzlicher Vorgaben
- starre und bürokratische Vorgaben von Prüfinstitutionen des Landes oder der Kostenträger dürfen guter Pflege nicht im Wege stehen.
- Prüfregularien vereinfachen, verkürzen und zwischen den beteiligten Institutionen abstimmen



Kontakt

Eva-Maria Riegel

Qualitäts- und Organisationsmanagement Pflege

T 030 86 001-503

riegel@paritaet-berlin.de

**DIE ANERKENNUNG
VON TRÄGERAUTONOMIE
UND DIE GLEICHBERECH-
TIGTE ZUSAMMENARBEIT
VON ÖFFENTLICHEN
UND FREIEN TRÄGERN
SIND EIN KERNELEMENT
UNSERES SOZIALSTAATS.**



BERLIN ALS SICHERE STADT

Gewaltschutz

Opferhilfe

Straffälligenhilfe



Gewaltschutz

Gewaltschutz ausbauen, Täterarbeit verstärken und die Istanbul-Konvention konsequent umsetzen

Wie ist die Lage?

Berlin ist verpflichtet, die Istanbul-Konvention umzusetzen.

Der 2023 verabschiedete Landesaktionsplan umfasst 134 Maßnahmen, allerdings ohne verbindlichen Zeitplan und ohne Budget.

Was tun wir?

Paritätische Mitgliedsorganisationen entwickeln Konzepte zum Ausbau der Schutzinfrastruktur und übernehmen entsprechende Projekte. Sie stabilisieren, beraten und unterstützen von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Zudem entwickeln sie ihre Angebote bedarfsgerecht weiter, weisen auf Versorgungslücken hin und erarbeiten Lösungen. Der Paritätische Berlin fördert den Austausch von Erfahrungswissen und Kompetenzen rund um den Ausbau und Betrieb dieser Angebote.

Unsere Forderungen

- jede Senatsverwaltung muss die Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich mit einem Zeitplan und einem Budget im Haushalt hinterlegen
- die ressortübergreifende Zusammenarbeit der Senatsverwaltungen muss gestärkt werden, dies betrifft beispielsweise Fallkonferenzen für Hochrisikofälle sowie Fragen des Sorge- und Umgangsrechts bei Familiengerichten und Jugendämtern
- es braucht eine zentrale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention auf Landesebene sowie jeweils eine Koordinierungsstelle in jedem Berliner Bezirk

Ab 2027 erhält Berlin Bundesmittel zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes. Im Gesetz ist Täterarbeit ausdrücklich als Präventionsmaßnahme genannt (§ 1 Abs. 2 GewHG). Dennoch wird die **Täterarbeit bei der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in Berlin bislang nicht berücksichtigt**. Aktuell gibt es in Berlin deutlich zu wenige entsprechende Angebote.

Paritätische Mitgliedsorganisationen bieten Täterarbeit bei häuslicher Gewalt und Stalking nach den profeministischen Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt an. Gewaltausübende Menschen werden dabei befähigt, toxische Männlichkeitsbilder zu reflektieren und ihr Verhalten nachhaltig zu verändern – auch unabhängig von einem Strafverfahren.

- um die Gewaltspirale bei häuslicher Gewalt zu durchbrechen, müssen gewaltausübende Personen ihr Verhalten nachhaltig ändern können – auch dann, wenn keine Strafanzeige erstattet wird
- die Angebote der Täterarbeit müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden
- Angebote der Täterarbeit in Berlin müssen unter anderem aus Mitteln des Gewalthilfegesetzes finanziert werden



Kontakt
Astrid Lück
 Ref. Familie, Frauen und Mädchen
 T 030 86 001-230
lueck@paritaet-berlin.de



Kontakt
Tim Redfern
 Ref. Armut und Wohnungsnotfallhilfe, Straffälligen- und Opferhilfe
 T 030 86 001-188
redfern@paritaet-berlin.de

Opferhilfe

Verlässliche Rechtsgrundlage für Opferhilfe mit sicherer Finanzierung und Rechtsansprüchen für Betroffene

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Opfer von Straftaten brauchen nicht nur traumasensible Beratung, sondern auch Schutz und eine proaktive Vernetzung mit anderen Hilfsangeboten. Für die allgemeine Opferhilfe in Berlin fehlt bislang eine verlässliche Rechtsgrundlage.	Paritätische Mitgliedsorganisationen unterstützen Opfer und Zeuginnen und Zeugen von Straftaten, bieten traumasensible Beratung an und informieren über Hilfsmöglichkeiten für Betroffene. Die proaktiv – Service-stelle für Betroffene von Straftaten Opferhilfe Berlin e.V. sorgt für proaktive Hilfe und Kontaktvermittlung, damit Betroffene nach einer Strafanzeige von passenden Fachberatungsstellen kontaktiert werden.	- Landesopferhilfegesetz weiterverfolgen und umsetzen – als verbindliche Rechtsgrundlage für die allgemeine Opferhilfe mit sicherer Finanzierung und Rechtsansprüchen auf Hilfe und Beratung - proaktive Opferhilfe dauerhaft sichern und verstetigen
Restorative Justice, also Ansätze zur Wiedergutmachung zwischen Täter und Opfer, rückt die Belange und Bedürfnisse der Opfer stärker in den Fokus und stellt sie in den Mittelpunkt der Aufarbeitung von Straftaten. Dennoch wird der Täter-Opfer-Ausgleich in Berlin bislang nur selten angewendet , im Erwachsenenbereich noch seltener. Zudem fehlen institutionalisierte Angebote der Restorative Justice.	Paritätische Mitgliedsorganisationen helfen dabei, die Position von Opfern im Strafverfahren zu stärken, und unterstützen sie bei der Bewältigung des Erlebten. Paritätische Träger der Straffälligen- und der Opferhilfe gestalten gemeinsame Projekte der Restorative Justice, um moderierte Begegnungen zwischen Täter und Opfer im Justizvollzug zu ermöglichen.	- Restorative Justice in der Strafrechtspflege stärker verankern und Möglichkeiten zur Wiedergutmachung ausbauen - Täter-Opfer-Ausgleich häufiger anwenden, insbesondere im Erwachsenenstrafrecht bei geringfügigen Delikten außerhalb sexualisierter und häuslicher Gewalt - begleitete Begegnungsformate zwischen Täter und Opfer institutionell erproben und fördern – freiwillig und mit klarem Fokus auf Interessen der Opfer



Kontakt

Tim Redfern

Ref. Armut und Wohnungsnotfallhilfe, Straffälligen- und Opferhilfe
T 030 86 001-188
redfern@paritaet-berlin.de

Straffälligenhilfe

Haftentlassungen besser vorbereiten, Wohnungslosigkeit vermeiden und Ersatzfreiheitsstrafen abbauen

Wie ist die Lage?

Rund **die Hälfte aller Inhaftierten im geschlossenen Vollzug wird ohne gesicherte Wohnperspektive entlassen**. Dadurch drohen Wohnungslosigkeit und soziale Notlagen, die eine erfolgreiche Resozialisierung erschweren oder verhindern.

Was tun wir?

Paritätische Mitgliedsorganisationen begleiten Inhaftierte während der Haft und nach der Entlassung in allen Berliner Justizvollzugsanstalten, unabhängig von Alter und Geschlecht. Sie arbeiten eng mit Behörden, externen Beratungsstellen und betreuten Wohnformen zusammen, um Übergänge zu stabilisieren und Hilfen frühzeitig zu organisieren.

Unsere Forderungen

- Übergangsmanagement und Entlassungsvorbereitung ausbauen und personell stärken
- Unterstützung über den Tag der Haftentlassung hinaus sichern, insbesondere beim Übergang in eine geeignete Wohnform
- Zusammenarbeit zwischen Übergangsmanagement, Jobcentern, Fachstellen soziale Wohnhilfe und Teilhabefachdiensten verbindlich verankern und ausreichend ausstatten

Etwa jeder zehnte Gefangene in Berlin verbüßt eine Ersatzfreiheitsstrafe wegen geringfügiger Delikte wie Ladendiebstahl oder Fahren ohne Fahrschein. Betroffen sind häufig armutsbetroffene Menschen mit erheblichen psychosozialen Belastungen, deren Lage sich durch die Inhaftierung weiter verschärft.

Paritätische Mitgliedsorganisationen entwickeln und erproben Angebote für Menschen, die ihre Geldstrafe nicht begleichen können, um Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden. Dazu gehören niedrigschwellige Unterstützungsangebote, Modellprojekte zur Tilgung von Geldstrafen für Menschen mit eingeschränkter Beschäftigungsfähigkeit sowie präventive Hilfen schon vor einer Strafanzeige.

- Ersatzfreiheitsstrafen konsequent vermeiden
- bestehende Angebote zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen ausbauen und um Alternativen, wie Therapie, Bildung oder Rehabilitation, ergänzen
- Verurteilungen bei Bagatelldelikten möglichst reduzieren
- Geldstrafen an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der betroffenen Person ausrichten

Viele **Inhaftierte im geschlossenen Vollzug sind von psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankungen betroffen**. Trotz des hohen Bedarfs scheitert die Vermittlung aus der Haft in die Eingliederungshilfe häufig an strukturellen Hürden.

Paritätische Mitgliedsorganisationen beraten zur Entlassungsvorbereitung und zum Übergangsmanagement, bieten Suchttherapie und Suchtgruppen in den Anstalten an und unterstützen bei Anträgen auf Leistungen der Eingliederungshilfe und Sozialhilfe. Außerdem helfen sie bei der Suche nach geeigneten Wohnformen und bieten betreutes Wohnen nach der Haftentlassung an.

- Bezirksübergreifendes und effizientes Verfahren für die Vermittlung aus dem Justizvollzug in die Eingliederungshilfe schaffen
- Bedarfserhebungen im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB IX frühzeitig und aufsuchend im Justizvollzug durchführen
- Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe rechtzeitig vor der Entlassung in bezirklichen Steuerungsrunden vorstellen – auch bezirksübergreifend, z. B. durch eine Vereinfachung des Überleitungsverfahrens



Kontakt

Tim Redfern

Ref. Armut und Wohnungsnotfallhilfe, Straffälligen- und Opferhilfe
T 030 86 001-188
redfern@paritaet-berlin.de

BERLIN ALS OFFENE UND VIELFÄLTIGE STADT

Frauen und Mädchen

Migration und Flucht

Queere Lebensweisen



Frauen und Mädchen

Gewaltschutz stärken, Alleinerziehende unterstützen und gute Rahmenbedingungen für Beratung sichern

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Ein wirksamer Gewaltschutz braucht Prävention, Unterstützung und sichere Schutzräume . Die Schutzinfrastruktur (Frauenhäuser, Anti-Gewalt-Beratungsstellen) wird ab 2026 ausgebaut, gleichzeitig werden gleichstellungspolitische Bereiche wie die Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprojekte um zwei Prozent gekürzt.	Wir fördern die Vernetzung der Trägerlandschaft – von Frauenhäusern, Anti-Gewalt-Beratungsstellen, Frauenzentren und Migrantinnen-selbstorganisationen bis zu Familienzentren und Schwangerschaftsberatungsstellen.	• umfassende Gewaltschutz- und Gleichstellungsstrategie für Berlin entwickeln • Kürzungen der gleichstellungspolitischen Projekte ab 2026 zurücknehmen und Mittel erhöhen, insbesondere für Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprojekte
In Berlin leben rund 140.000 Alleinerziehende , davon etwa 90 Prozent Frauen. Sie tragen ein erhöhtes Armuts- und Gesundheitsrisiko und stehen vor großen Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit.	Wir stärken und vernetzen Beratungsstellen für Alleinerziehende. Unsere Mitgliedsorganisationen koordinieren flexible Kinderbetreuungsangebote, unterstützen Selbsthilfe und vermitteln Zugänge zu regionalen Netzwerken.	• Beratungsstrukturen für Alleinerziehende in den Bereichen Familie und Gleichstellung ausbauen • Gesundheitsziele der Landesgesundheitskonferenz für Alleinerziehende in Kooperation der zuständigen Senatsverwaltungen umsetzen • flexible Kinderbetreuung in allen Berliner Bezirken ausbauen • Alleinerziehendenverbände bei Neubau- und Infrastrukturplanungen beteiligen
Gute Beratungsqualität braucht gute Rahmenbedingungen für Fachkräfte.	Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen in Einrichtungen ein, fördern Qualifizierungsmaßnahmen und begleiten Einrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer Konzepte.	• verbindliche Finanzierungsstandards für Frauenprojekte schaffen • Eingruppierung der Fachkräfte – insbesondere der Leitungen – anpassen und verbessern



Kontakt
Astrid Lück
 Ref. Familie, Frauen
 und Mädchen
 T 030 86 001-230
 lueck@paritaet-berlin.de

Migration und Flucht

Teilhabe ermöglichen, Integration stärken, menschenwürdige Unterbringung sichern

Wie ist die Lage?

Beratungs- und Unterstützungsangebote freier Träger für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sind nicht flächendeckend und verlässlich finanziert, obwohl ein hoher Bedarf besteht.

Der Ausbau der dezentralen Unterbringung wurde gestoppt. Berlin setzt derzeit vor allem auf große Gemeinschaftsunterkünfte wie Tegel, Tempelhof und Hasenheide. Dort leben viele Menschen auf engem Raum. Stress, psychische Belastungen und Konflikte sind häufig die Folge. Privatsphäre und ein Ankommen im neuen Lebensumfeld sind kaum möglich.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen immer häufiger nicht in Berliner Schulen, sondern in isolierten Sonderklassen innerhalb von Unterkünften unterrichtet werden. Dabei gelingen Spracherwerb und soziale Teilhabe nachweislich am besten in gemeinsamen Lerngruppen.

Was tun wir?

Wir unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen dabei, unabhängige und fachlich fundierte Beratungsangebote für Zugewanderte und Geflüchtete bereitzustellen. Zudem wirken wir aktiv an Steuerungsprozessen auf Landesebene mit und entwickeln gemeinsam mit unseren Trägern Lösungen, damit alle Menschen in Berlin gleichberechtigt teilhaben können.

Wir sammeln und kommunizieren die Bedarfe der betroffenen Menschen gegenüber Politik und Verwaltung, damit die Erfahrungen aus der Praxis in politische Entscheidungen einfließen. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung, möglichst in Wohnungen, ein. Darüber hinaus engagieren wir uns für bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Berlin, für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und für die Unterstützung von Wohnungsbaugenossenschaften.

Unsere gemeinnützigen Schulträger stellen zahlreiche Schulplätze zur Verfügung und ermöglichen auch geflüchteten Kindern den Zugang zu regulärer Bildung. Gleichzeitig setzen wir uns politisch dafür ein, dass freie Schulträger besser gefördert werden, damit ausreichend Schulplätze für alle Kinder in Berlin vorhanden sind.

Unsere Forderungen

- verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung unabhängiger Beratungs- und Unterstützungsangebote freier Träger für Menschen mit Migrationsgeschichte, EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sowie Geflüchtete
- dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder kleineren Unterkünften mit Apartmentstruktur statt in ungeeigneten Massenunterkünften
- Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und stärkere Unterstützung von Genossenschaften bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums
- geflüchtete Kinder und Jugendliche im regulären Berliner Schulsystem unterrichten, keine Sonderklassen in Unterkünften



Kontakt
Holger Spöhr
 Ref. Migration
 T 030 86 001-177
 spoehr@paritaet-berlin.de



Positionen des LIGA-Fachausschusses Migration zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2026



Positionspapier des LIGA-Fachausschusses Migration zum Stopp der dezentralen Unterbringung Geflüchteter in Berlin

Queere Lebensweisen

Queere Infrastruktur sichern, Schutz vor Gewalt ausbauen und Teilhabe stärken

Wie ist die Lage?

Berlin steht für Vielfalt, Toleranz und eine **starke LSBTIQ+-Community** mit hoher Sichtbarkeit sowie einer gewachsenen Infrastruktur aus Beratungsangeboten und Interessenvertretung.

Gleichzeitig nehmen auch in Berlin **queerfeindliche Anfeindungen und Gewalt** zu: Der MANEO-Report dokumentiert für 2025 insgesamt 723 explizit queerfeindliche Vorfälle, ausgewertet aus Meldungen an die Berliner Opferberatungsstelle MANEO der Mitgliedsorganisation Mann-O-Meter e.V. Besonders betroffen sind Menschen, die mehrfach diskriminiert werden, etwa trans* und nichtbinäre Personen, queere BIPoC, queere Geflüchtete sowie queere Jugendliche und ältere Menschen.

Während sich das gesellschaftliche Klima weiter verschärft und strukturelle Barrieren etwa in der Gesundheitsversorgung, in Bildungseinrichtungen sowie auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt fortbestehen, **kürzt der Berliner Senat ausgerechnet bei queeren Bildungsprojekten.**

Was tun wir?

Unsere Mitgliedsorganisationen schaffen Schutzräume, beraten und unterstützen queere Menschen im Alltag. Sie stärken Teilhabe, Sicherheit und Selbstbestimmung – etwa durch psychosoziale Beratung, Community-Arbeit, Bildungsangebote und konkrete Hilfen in Krisensituationen. Ein aktuelles Beispiel ist das RuT-Wohnprojekt in der Berolinastraße in Berlin-Mitte: ein inklusives Wohnprojekt für Lesben mit queerem soziokulturellem Zentrum, das bezahlbaren und barrierearmen Wohnraum mit Pflege- und Begegnungsangeboten unter einem Dach verbindet. Das Projekt zeigt, wie verlässliche Infrastruktur queere Lebensrealitäten konkret stärken kann.

Unsere Forderungen

- ressortübergreifende Landesstrategie „LSBTIQ+ 2030“ mit klaren Zielen, Zeitplänen und verbindlicher Erfolgskontrolle entwickeln
- Finanzierung queerer Infrastruktur und Projekte langfristig absichern
- Sofortprogramm gegen queerfeindliche Gewalt auflegen und Schutzräume ausbauen
- spezialisierte Ansprechstellen bei Polizei und Verwaltung ausbauen und stärken
- Queersensible Gesundheitsversorgung verbessern, Wartezeiten verkürzen und bürokratische Hürden bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen abbauen
- verbindliche Bildungsangebote zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Schulen verankern und verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte einführen
- queere Menschen besser vor Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt schützen
- sichere Wohnangebote für queere Jugendliche und ältere Menschen schaffen und queere Räume sowie Community-Strukturen dauerhaft sichern



Kontakt

Uwe Brohl-Zubert

Ref. Soziale Psychiatrie,

Queere Lebensweisen

T 030 86 001-555

brohl-zubert@paritaet-berlin.de

BERLIN ALS ENGAGIERTE STADT

Freiwilliges Engagement

Stadtteilarbeit

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Selbsthilfe



Freiwilliges Engagement

Freiwilliges Engagement stärken, Hürden abbauen und verlässliche Strukturen sichern

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Engagement ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. In Berlin gibt es viele Menschen, auch mit Unterstützungsbedarf, die sich engagieren wollen. Häufig fehlt ihnen jedoch der Zugang.	Wir beraten zur Barrierefreiheit, stärken Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen und setzen uns für bessere strukturelle Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in Berlin ein. Zudem beteiligen wir uns am Ehrentag und an der Woche des bürgerschaftlichen Engagements.	• Barrierefreiheit vor Ort und im digitalen Raum finanzieren • Mobilitätsdienste kostenfrei bereitstellen • inklusive Engagementangebote fördern • Angebote fördern, die Engagement familienfreundlicher gestalten und Kinderbetreuung währenddessen ermöglichen
Bürokratische und finanzielle Hürden erschweren freiwilliges Engagement.	Wir verteilen Fahrkarten an Engagierte über Stadtteilzentren und bieten Workshops zum Versicherungsschutz im freiwilligen Engagement an.	• Hürden in Ausschreibungs- und Abrechnungsverfahren abbauen • kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Freiwillige mit geringem Einkommen
Die finanzielle Ausstattung der Infrastruktur zur Förderung des freiwilligen Engagements ist von Unsicherheiten geprägt.	Wir fördern, vernetzen und begleiten Freiwilligenagenturen, Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen wirkungsorientiert.	• Strukturen des freiwilligen Engagements, wie z. B. bezirkliche Freiwilligenagenturen, nachhaltig und langfristig finanzieren
Es gibt nicht ausreichend Orte, die für freiwilliges Engagement erschlossen und nutzbar sind.	Wir setzen uns in der sozialpolitischen Arbeit für bezahlbare Räume und Mehrfachnutzungen ein.	• ungenutzte Räume erschließen und öffentliche Einrichtungen nutzbar machen • Räume für die Zivilgesellschaft schaffen • freie Räume und Freiwillige zusammenbringen, z. B. über eine Online-Plattform oder App
Freiwillig Engagierte brauchen hauptamtliche Unterstützung, insbesondere dann, wenn sie mit vulnerablen Zielgruppen arbeiten.	Wir machen die Wirkung hauptamtlicher Begleitung und Koordination von Freiwilligen sichtbar und arbeiten verbandsübergreifend an einer besseren Finanzierung von Freiwilligenkoordination.	• nach der Erprobung die Finanzierung von Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe ausweiten • Freiwilligenkoordination in den Standards der gesamtstädtischen Unterbringung verankern und finanzieren • eine mittelfristige Strategie zur Ausweitung der Finanzierung hauptamtlicher Koordination von Freiwilligen entwickeln



Kontakt

Niklas Alt

Bezirksbeauftragter für Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg, Freiwilliges Engagement und Gesellschaftlicher Zusammenhalt
T 030 86 001-612
alt@paritaet-berlin.de

Stadtteilarbeit

Stadtteilzentren stärken, Teilhabe und Vielfalt fördern, Demokratie und Engagement im Kiez sichern

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Stadtteilzentren sind Orte des nachbarschaftlichen Engagements und des Miteinanders. Sie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bieten Unterstützung für die Nachbarschaft. Dennoch ist die Stadtteilarbeit bislang nicht ausreichend nachhaltig und langfristig finanziert.	Wir unterstützen die Bildung von bezirklichen Kooperationsverträgen zur Stadtteilarbeit zwischen Bezirksamt, Land, Verbänden und Trägern. Wir setzen uns in Bezirken und auf Landesebene für den Ausbau der Angebotsstruktur ein.	• eine personelle Mindestausstattung von Stadtteilzentren in der Finanzierung absichern • tarifliche Entwicklungen bei der Zuwendung berücksichtigen • mehrjährige Förderungen bewilligen
Mobile Stadtteilarbeit ist eine wichtige Ergänzung einrichtungsgebundener Angebote und erhöht die Möglichkeiten zur Partizipation im Kiez.	Wir fördern die Vernetzung und den Austausch zentraler Akteurinnen und Akteure. Außerdem erarbeiten wir Positionspapiere und beraten zu den Anforderungen mobiler Stadtteilarbeit. Zudem haben wir den Wirkungsbericht „Mobile Stadtteilarbeit in Berlin (2025)“ veröffentlicht.	• mobile Stadtteilarbeit flächendeckend und langfristig über das Landesprogramm verstetigen und ausbauen • die bisher aus unterschiedlichen Ressourcen finanzierten Projekte in einer verlässlichen Struktur zusammenführen • mindestens ein mobiles Team je Prognoseraum absichern
Stadtteil- und Nachbarschaftszentren fördern Partizipation, Engagement, Integration, Inklusion und Demokratie im Sozialraum.	Wir beraten Stadtteilzentren und soziale Treffpunkte als Anlaufstellen im Stadtteil. Gemeinsam mit dem Verband für sozial-kulturelle Arbeit Landesverband Berlin e.V. entwickeln wir die sozialraumorientierte Gemeinwesenarbeit weiter. Zudem bieten wir Qualifizierungen an, etwa den Zertifikatskurs Gemeinwesenarbeit in der Paritätischen Akademie.	• alle Prognoserräume über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren mit Stadtteilzentren ausstatten • bestehende Einrichtungen strukturell, durch ergänzende Angebote in belasteten Regionen sowie den Ausbau des Projekts „Stadtteile ohne Partnergewalt“ stärken • landes- oder bezirkseigene Räume zu refinanzierbaren Preisen bereitstellen • Kooperationsverträge zwischen allen zwölf Bezirken, dem Land und sozialen Einrichtungen schließen, um die Infrastruktur auszubauen • landesseitige Zuständigkeit für das Bundesprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ strukturell anbinden • den fünften Rahmenfördervertrag (2031 bis 2036) wirkungsorientiert weiterentwickeln

Kontakt

Nastasja Ilgenstein
 Bezirksbeauftragte für
 Neukölln und Treptow-
 Köpenick, Stadtteilarbeit
 T 030 86 001-620
 ilgenstein@
 paritaet-berlin.de



Wirkungsbericht
 Mobile
 Stadtteilarbeit
 in Berlin

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Demokratie stärken, freiwilliges Engagement schützen und zivilgesellschaftliche Strukturen absichern

Wie ist die Lage?

Diskriminierende und menschenfeindliche Haltungen **schwächen die Demokratie und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

Soziale Organisationen, Vereine und freiwillig Engagierte sind zunehmend mit **populistischen und extremistischen Haltungen** konfrontiert. Einzelne Akteure nutzen gezielt parlamentarische Anfragen, um zivilgesellschaftliche Organisationen unter Druck zu setzen und ihre Arbeit zu delegitimieren.

Was tun wir?

Wir machen sichtbar, wie soziale Arbeit, freiwilliges Engagement und Nachbarschaftsarbeit Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Zudem bringen wir uns fachlich ein, etwa mit einer Stellungnahme zum Entwurf eines Landesdemokratiefördergesetzes.

Wir unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen mit Fortbildungen und Austauschformaten, etwa durch Argumentationstrainings zum Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen. Im Arbeitskreis Gesellschaftlicher Zusammenhalt arbeiten wir mit Mitgliedsorganisationen fachlich zum Schutz vor rechten Tendenzen und zu einem sicheren Umgang damit zusammen.

Wir setzen uns gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen dafür ein, dass Vereine, soziale Organisationen und Initiativen besser vor Angriffen geschützt werden und handlungsfähig bleiben.

Unsere Forderungen

- Landesdemokratiefördergesetz verabschieden – mit einer starken Rolle für Demokratieförderung, freiwilliges Engagement und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft
- Zivilgesellschaft und freiwillig Engagierte im Sinne des Subsidiaritätsprinzips anerkennen und fördern
- Zivilgesellschaft sowie die Arbeit von von Landes- und Bezirksparlamenten
- Verfahren entwickeln, um aktiv gegen Diffamierung und Delegitimierung von Zivilgesellschaft, Fachkräften und freiwillig Engagierten vorzugehen
- Weiterbildungsangebote und Austauschformate zum Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen in der Breite ausbauen
- Schutzkonzepte gegen rassistische, sexistische, homophobe und andere Übergriffe für Vereine, soziale Organisationen und Initiativen fördern
- die Umsetzung solcher Schutzkonzepte finanziell absichern



Kontakt

Niklas Alt

Bezirksbeauftragter für Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg, Freiwilliges Engagement und Gesellschaftlicher Zusammenhalt
T 030 86 001-612
alt@paritaet-berlin.de

Selbsthilfe

Selbsthilfeangebote als Teil sozialer Infrastruktur stärken und nachhaltig absichern

Wie ist die Lage?

Selbsthilfekontaktstellen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen sind **wichtige Anlaufpunkte in Krisen und bei der Stärkung persönlicher Resilienz**. Die Arbeit der Selbsthilfe kann nur langfristig und nachhaltig gesichert werden, wenn die Unterstützung insbesondere der sozialen Selbsthilfe ausgebaut wird.

Selbsthilfekontaktstellen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen werden durch Bürokratie stark belastet.

Das behindert ihre eigentliche Arbeit. Zudem finden sie zunehmend weniger bezahlbare und erreichbare Räume für ihre Angebote.

Das Thema Selbsthilfe ist in Ausbildung, Lehre und Forschung bislang noch zu wenig verankert.

Was tun wir?

Wir entwickeln die Rahmenbedingungen für Selbsthilfestrukturen in Berlin weiter und setzen uns dafür ein, dass Menschen Hilfe zur Selbsthilfe finden, etwa bei Erkrankungen, Sucht oder psychischen Belastungen. Außerdem vertreten wir die Interessen der Selbsthilfe in Arbeitskreisen mit Krankenkassen, Senatsverwaltung und weiteren Verbänden.

Wir setzen uns für eine Entbürokratisierung der Verwaltungspraxis ein und arbeiten in entsprechenden Gremien mit. Außerdem machen wir den gesellschaftlichen Beitrag der Selbsthilfe sichtbar, stärken ihre Anerkennung und entwickeln zu aktuellen Problemen wie dem Raumangel konstruktive Lösungsvorschläge. Wir bündeln das vielfältige Erfahrungswissen der Selbsthilfe und tragen es nach außen. Es gibt bereits zahlreiche Kooperationen mit Akteurinnen und Akteuren aus Gesundheitsberufen und angrenzenden Bereichen sowie mit Universitäten, die wir weiter ausbauen.

Unsere Forderungen

- landesgeförderte Strukturen sichern und ausbauen
- qualitative Versorgungsrichtwerte entwickeln
- Selbsthilfekontaktstellen als präventiven Bestandteil der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit etablieren
- soziale, migrantische und junge Selbsthilfe entwickeln, ausbauen und fördern
- freiwillig Engagierte stärker begleiten
- niedrigschwellige und transparente Vergabe von Fördermitteln sicherstellen
- Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfe und Verwaltung als Vertrauenspartnerschaft gestalten
- mehr Entscheidungsspielräume bei der Personalgewinnung schaffen
- bezahlbare Räume für die Selbsthilfe erhalten
- Zugänge zu Räumen für Selbsthilfegruppen erleichtern – auch in den Abendstunden
- Fachpersonal für die Idee der Selbsthilfe sensibilisieren und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen
- Forschung und Wirksamkeitsnachweise zur Selbsthilfe stärken
- Selbsthilfe als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand konsequent umsetzen
- Interessenvertretung der Patientinnen und Patienten ausbauen und unterstützen
- Selbsthilfe in digitalen Versorgungsstrukturen fest verankern

Kontakt

Christoph Erbslöh
Bezirksbeauftragter
für Charlotteburg-
Wilmerdorf und
Tempelhof-Schöneberg,
Selbsthilfe, Wirkung
T 030 86 001-619
erbsloeh@
paritaet-berlin.de



Positionspapier:
Paritätische
Eckpunkte für eine
zukunftsfähige
Selbsthilfe

**DAS VERTRAUEN
IST GEFÄHRDET,
WENN IMMER WIEDER
KÜRZUNGEN IM
SOZIALEN BEREICH
DISKUTIERT WERDEN
UND SOZIALE
ORGANISATIONEN
ÜBER MONATE KEINE
PLANUNGSSICHERHEIT
HABEN.**



BERLIN ALS SOZIAL- INNOVATIVE STADT

Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis

Bezirkliche Arbeit

Wirkungsorientierung

Digitalisierung

Innovation



Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis

Mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie bei Zuwendungen

Wie ist die Lage?

Es **fehlt eine auskömmliche und nachhaltige Finanzierung**, um soziale Arbeit langfristig zu sichern und bedarfsgerechte Angebote für Menschen in Berlin zu ermöglichen.

Prüfung und Bewilligung von geförderten Vorhaben erfolgen durch Senatsverwaltungen und Bezirke uneinheitlich und oft wenig transparent. Das erschwert wirtschaftlich effizientes Handeln sozialer Organisationen.

Die **Verfahren** von der Antragstellung bis zur Bewilligung und Abrechnung von Zuwendungsprojekten sind **sehr bürokratisch und binden viele Arbeitsstunden**. Diese Zeit fehlt in der sozialen Arbeit vor Ort, beispielsweise für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung oder in der Opferhilfe.

Gemeinnützige Organisationen sind mit nicht ausreichend digitalisierten Prozessen konfrontiert. Sie müssen **viel Zeit für die reine Verwaltung der Projekte aufwenden**.

Was tun wir?

Wir beraten unsere Mitgliedsorganisationen bei der Antragstellung, Durchführung und Abrechnung öffentlicher Förderungen.

Die Servicestelle Zuwendungsberatung des Paritätischen Berlin unterstützt Mitglieder fachlich und praxisnah bei allen Fragen rund um Zuwendungen.

Mit unserer Broschüre „Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis“ zeigen wir Wege für wirkungsorientierte und praxistaugliche Zuwendungsverfahren auf.

Gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden in Berlin setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen ein – etwa für eine auskömmliche Refinanzierung von Verwaltungsgemeinkosten.

Über die Servicestelle Zuwendungsberatung qualifizieren wir Fachkräfte zu rechtlichen, fachlichen und praktischen Fragen der Fördermittelpraxis.

Die Paritätische Akademie bietet fachliche Weiterbildungen für Mitarbeitende sozialer Organisationen an.

In Dialogforen fördern wir Vernetzung, fachlichen Austausch und gemeinsame Lösungen für Herausforderungen in der Förderpraxis.

Unsere Forderungen

- verbindliche und langfristige Förderzusagen, angepasst an den Berliner Doppelhaushalt, um Planungssicherheit zu schaffen, Fachkräfte zu binden und nachhaltige Projektentwicklung zu ermöglichen
- eine zeitnahe Anpassung der Zuwendungen an Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst
- Faire und transparente Bezahlung für Mitarbeitende freigemeinnütziger Träger nach geltenden Tarifen in Berlin – ohne aufwendige und bürokratische Besserstellungsverbotsprüfungen
- den Abbau von Bürokratie im Zuwendungsrecht nach dem Grundsatz: größtmögliche Autonomie bei nur notwendiger Bürokratie – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips
- einfache, transparente und digitale Förderprozesse
- Mindestpauschale von zwölf Prozent für Verwaltungsgemeinkosten und die notwendige Infrastruktur von Projekten konsequent einführen
- die Förderung fachverbandlicher Beratung, damit Qualität und fachliche Expertise in der sozialen Arbeit gesichert bleiben



Kontakt
Sofia Höhn
 Ref. Fördermittel und
 Zuwendungen
 T 030 86 001-120
 hoehn@paritaet-berlin.de



Broschüre:
 Entbürokratisierung der
 Zuwendungspraxis



Positionspapier:
 Verwaltungsgemein-
 kostenpauschale –
 für Entbürokratisierung
 und mehr Wirkung

Bezirkliche Arbeit

Soziale Infrastruktur in den Bezirken verlässlich planen und finanzieren

Wie ist die Lage?

Bezirke sind zentrale Anlaufstellen für Berlinerinnen und Berliner in Fragen der sozialen Daseinsvorsorge und sichern Teilhabe direkt vor Ort. Bezirkliche Zuwendungsprojekte sichern soziale Angebote in den Kiezen, geraten aber durch **unzureichend abgesicherte Tarifsteigerungen zunehmend unter Druck**. Gleichzeitig verändern sich soziale Bedarfe vor Ort spürbar; häufig **fehlt jedoch eine verbindliche gemeinsame Planung** von Land, Bezirken und freier Wohlfahrtspflege.

Was tun wir?

Paritätische Mitgliedsorganisationen unterstützen die Bezirke im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dabei, gesetzliche Aufgaben im sozialen Bereich umzusetzen und bedarfsgerechte Angebote vorzuhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass faire Löhne freien gemeinnützigen Organisationen ermöglichen, Fachkräfte zu halten und soziale Angebote in den Kiezen zu sichern. Außerdem bringen wir das Praxiswissen unserer Mitgliedsorganisationen in bezirkliche Sozialplanung, Fachplanung und Infrastrukturentwicklung ein.

Unsere Forderungen

- auskömmliche Finanzierung aller zwölf Bezirke sichern, damit gesetzliche Aufgaben verlässlich erfüllt und soziale Infrastruktur vor Ort ausgebaut werden kann
- auskömmliche Tarifmittel für bezirkliche Zuwendungsprojekte zweckgebunden bereitstellen
- tarifgerechte Bezahlung bei freien gemeinnützigen Organisationen absichern
- soziale Infrastruktur verbindlich, vorausschauend und gemeinsam zwischen Bezirken, Land und freier Wohlfahrtspflege planen
- Praxiswissen freier gemeinnütziger Organisationen frühzeitig in Förderprogramme und Planungsprozesse einbeziehen
- Wirkungsorientierung gemeinsam von Bezirk, Land und Zivilgesellschaft weiterentwickeln
- klare Zuständigkeiten und ausreichende Ressourcen für eine wirkungsame soziale Infrastruktur schaffen
- soziale Wirkung qualitativ bewerten und nicht auf Kennzahlen reduzieren

Die Verwaltungsreform kann Bezirke stärken, wenn sie bezirkliche Gestaltungsspielräume erweitert und **soziale Wirkung nicht auf Kennzahlen verkürzt**.

Wir bringen Wissen zur Wirkungsorientierung, das Paritätische Wirkungsmodell und die sozialräumlichen Kenntnisse unserer Mitgliedsorganisationen in die Debatte ein.

Kontakt

Anne Jeglinski

Stv. Geschäftsführerin,
Leiterin der
Geschäftsstelle Bezirke
T 030 86 001-601
jeglinski@
paritaet-berlin.de



Kontakt

Anika Haußner

Stv. Leiterin der
Geschäftsstelle Bezirke,
Bezirksbeauftragte
für Pankow, Innovation
T 030 86 001-617
haussner@
paritaet-berlin.de



Wirkungsorientierung

Mit Wirkungsorientierung die Bedarfe der Menschen in den Mittelpunkt sozialer Angebote stellen

Wie ist die Lage?

Langfristige Wirkungsziele stehen in der Praxis häufig einer begrenzten Projektfinanzierung gegenüber.

Wirkungsorientierung in der sozialen Arbeit wird oft auf Effizienzlogik und Kennzahlensteuerung verkürzt. Dabei geht es um mehr: um die Frage, was soziale Angebote für Menschen tatsächlich bewirken.

Was tun wir?

Der Paritätische Berlin hat ein Wirkungsmodell für die soziale Arbeit entwickelt, das aus der Praxis heraus entstanden ist. Damit stärken wir gemeinnützige Organisationen darin, nachhaltige Angebote für die Menschen in unserer Stadt zu fördern und weiterzuentwickeln. Wir bündeln Erfahrungen und Fachwissen, geben Impulse für wirkungsorientiertes Arbeiten und beraten gemeinnützige Organisationen, Politik und Verwaltung.

Unsere Forderungen

- gemeinsame Zielvereinbarungen von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung schaffen
- langfristige gesellschaftliche Veränderungen durch verlässliche und kontinuierliche Förderung ermöglichen
- die Bedarfe der Menschen konsequent in den Mittelpunkt sozialer Angebote stellen

Die **Wirkungen sozialer Angebote sind komplex und nur begrenzt messbar.** Kurzfristige positive Veränderungen oder Stabilisierungen sind ebenso relevant wie langfristige und beziehungsorientierte Wirkungen.

Die Paritätische Akademie Berlin bietet ein breites Weiterbildungsangebot zur Wirkungsorientierung an. Wir bringen die Perspektive der Praxis in die Debatte ein und zeigen, wie soziale Arbeit wirksam gestaltet und weiterentwickelt werden kann.

- Wirkungen sozialer Angebote differenziert betrachten und nicht auf Kennzahlen reduzieren
- langfristige und beziehungsorientierte Wirkungen sozialer Arbeit systematisch mitdenken
- kurzfristige Verbesserungen und Stabilisierungen als relevante Wirkungen anerkennen

Kontakt

Christoph Erbslöh
Bezirksbeauftragter
für Charlottenburg-
Wilmerdorf und
Tempelhof-Schöneberg,
Selbsthilfe, Wirkung
T 030 86 001-619
erbsloeh@
paritaet-berlin.de



Kontakt

Isabell Köller
Bezirksbeauftragte
für Spandau
und Steglitz-Zehlendorf,
Nachhaltigkeit, Wirkung
T 030 86 001-614
koeller@
paritaet-berlin.de



Weil soziale Arbeit wirkt!
Leitfaden für Wirkungs-
orientierung in der sozialen
Arbeit anhand des
Paritätischen Wirkungsmodells

Digitalisierung

Digital und gemeinwohlorientiert – Berlins Digitalisierung mit der sozialen Arbeit gestalten

Wie ist die Lage?

Wo Land und freie Träger zusammenarbeiten, sind **digitale Schnittstellen oft lückenhaft oder störanfällig** – und in manchen Bereichen gibt es sie noch gar nicht. Die Folge: Fachkräfte müssen Informationen per Hand übertragen, Formulare doppelt ausfüllen und Rückmeldungen telefonisch erfragen. Ein Beispiel: Das Fachverfahren ISBJ im Kita-Bereich leidet unter Systemstörungen und mangelndem Datenaustausch – und steht stellvertretend für ein strukturelles Problem, das sich durch viele Bereiche zieht. Die Folge: Bei den über 800 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen **verbringen Fachkräfte zu viel ihrer Zeit mit Administration statt mit der Arbeit mit Menschen.**

Was tun wir?

Der Paritätische bündelt die Praxiserfahrung seiner Mitgliedsorganisationen und bringt sie gezielt in die Digitalisierungspolitik des Landes ein. Unsere über 800 Mitgliedsorganisationen erleben täglich, wo digitale Verfahren nicht funktionieren. Dieses Wissen tragen wir in politische Prozesse und Fachgremien. Wir beraten Träger beim digitalen Wandel, vernetzen sie untereinander und fördern den Austausch erprobter Lösungen.

Unsere Forderungen

- Open-Source-Strategie auf freie Träger ausweiten: Berlin hat eine Open-Source-Strategie beschlossen, doch sie richtet sich bislang nur nach innen an die Verwaltung. Das Land sollte diesen Ansatz konsequent auf die Zusammenarbeit mit freien Trägern ausdehnen: mit quelloffenen Werkzeugen für Antragstellung, Abrechnung und Kommunikation mit Ämtern. Software, die mit öffentlichen Mitteln entwickelt wird, sollte auch allen zur Verfügung stehen. Das verhindert Anbieterabhängigkeiten und erspart es einzelnen Trägern, eigene Lösungen zu finanzieren.
- Partizipation digital weiterdenken: Berlins Beteiligungsplattform braucht zentrale Funktionen wie partizipative Budgets und verbindliche Rückkopplung. Barcelonas Open-Source-Plattform Decidim zeigt, wie digitale Beteiligung funktionieren kann. Berlin sollte dieses Modell aufgreifen und die Sozialplanung damit für Träger, Fachkräfte und Betroffene öffnen.
- Soziale Arbeit als Innovationspartnerin: Wenn das Land digitale Lösungen für die soziale Daseinsvorsorge entwickelt, müssen Erfahrungen und Bedarfe sozialer Träger strukturell von Anfang an einfließen, nicht erst im Testlauf.



Kontakt

Christian Sievert

Digitalisierung, socialmap berlin

T 030 86 001-613

sievert@paritaet-berlin.de

Innovation

Neue Lösungen für soziale Herausforderungen fördern und dauerhaft absichern

Wie ist die Lage?	Was tun wir?	Unsere Forderungen
Innovationen in der sozialen Arbeit scheitern oft an fehlender Finanzierung, kurzfristigen Projektlogiken und engen Förderbedingungen .	Wir bündeln das Erfahrungswissen unserer Mitgliedsorganisationen. Über das Paritätische Innovationsforum fördern wir Austausch, Wissenstransfer und die Weiterentwicklung sozialer Angebote.	• einen regelhaften Innovationsfonds für soziale Arbeit schaffen, der Ressourcen für Konzeptentwicklung, Beteiligung, Erprobung, Evaluation und Transfer bereitstellt • mehrjährige Förderzeiträume, unbürokratische Verfahren und Anschlussfinanzierungen für erfolgreiche Modellprojekte ermöglichen
Wachsende soziale Herausforderungen verändern die Bedarfe, während häufig der Raum fehlt, Angebote der sozialen Arbeit vorausschauend weiterzuentwickeln .	Wir greifen Praxisbedarfe auf, fördern die Erprobung neuer Lösungen und stärken den Erfahrungsaustausch in Paritätischen Netzwerken.	• eine innovationsfreundliche Zuwendungspraxis schaffen, die Freiräume zum Lernen, Erproben und Weiterentwickeln bietet • soziale Angebote so fördern, dass sie an veränderte Lebenslagen angepasst werden können
Das Praxiswissen gemeinnütziger Organisationen wird trotz ihrer Kenntnisse konkreter Versorgungslücken noch zu wenig in Planung und Förderprogramme einbezogen .	Wir bringen Praxiswissen in fachpolitische Debatten ein und vernetzen Akteurinnen und Akteure der sozialen Arbeit.	• die freie Wohlfahrtspflege und die Zivilgesellschaft verbindlich an Planungen und Förderprogrammen auf Bezirks- und Landesebene beteiligen • Praxiswissen gemeinnütziger Organisationen als wichtige Ressource für soziale Planung anerkennen und systematisch einbeziehen

**Kontakt****Anika Haußner**

Stv. Leiterin der Geschäftsstelle
 Bezirke, Bezirksbeauftragte
 für Pankow, Innovation
 T 030 86 001-617
 haussner@paritaet-berlin.de

DER PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND BERLIN

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin setzt sich für ein lebenswertes Berlin mit guten sozialen Angeboten für alle Menschen ein. Grundlage unseres Handelns sind die Werte Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Der Paritätische Berlin ist der größte Wohlfahrtsverband der Stadt.

Unsere Mitgliedsorganisationen

Unter dem Dach des Paritätischen Berlin engagieren sich mehr als 800 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Stiftungen aus allen Bereichen der sozialen Arbeit. Der staatlich vergebene Status der Gemeinnützigkeit bedeutet, dass diese Organisationen im Interesse des Gemeinwohls handeln. Gemeinsam leisten sie jeden Tag einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur sozialen Infrastruktur unserer Stadt.

Sie unterstützen Menschen mit Behinderungen sowie ältere und pflegebedürftige Menschen. Sie fördern Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen und begleiten Familien im Alltag. Sie stärken freiwilliges Engagement, Nachbarschaftsarbeit und Selbsthilfe. Sie unterstützen wohnungslose oder straffällig gewordene Menschen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben, engagieren sich für Gewaltschutz und Opferhilfe und setzen sich für die Belange queerer Menschen sowie von Menschen mit Migrationsgeschichte ein.

Viele ihrer Angebote wirken präventiv: Sie beraten frühzeitig, sichern Wohnraum und unterstützen Menschen bei Suchterkrankungen, Gewalt, Armut oder psychischen Belastungen – oft, bevor sich Probleme verfestigen.

In unseren Mitgliedsorganisationen arbeiten rund 70.000 hauptamtliche Mitarbeitende und etwa 40.000 Ehrenamtliche. Alle Mitgliedsorganisationen sind rechtlich und organisatorisch eigenständig.

Unser Einsatz für ein soziales Berlin

Als Dach- und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege setzen wir uns für gute Rahmenbedingungen sozialer Arbeit und eine gerechte, nachhaltige Finanzierung sozialer Angebote ein.

Wir beraten, vernetzen und qualifizieren unsere Mitgliedsorganisationen und entwickeln gemeinsam mit ihnen die soziale Arbeit in Berlin weiter.

Wir unterstützen sie dabei, Fördermittel zu gewinnen, begleiten sie in fachlichen sowie organisatorischen Fragen und bieten umfangreiche Fortbildungs- und Beratungsangebote an. Über die Stiftung Parität Berlin fördern wir außerdem ausgewählte Projekte unserer Mitgliedsorganisationen.



Darüber hinaus verhandeln wir Verträge mit öffentlichen Vertragspartnern, vertreten die Interessen unserer Mitglieder gegenüber Politik und Verwaltung und bringen unsere fachliche Expertise in politische Entscheidungsprozesse ein. Der Paritätische Berlin ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig. Wir engagieren uns für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, stärken freiwilliges Engagement und setzen uns für demokratische Werte ein. Demokratie lebt davon, dass Menschen teilhaben, Verantwortung übernehmen und ihre Gesellschaft mitgestalten können. Viele Angebote unserer Mitgliedsorganisationen schaffen genau diese Möglichkeiten – etwa in Stadtteilzentren, bei Besuchsdiensten oder durch Mitmachangebote in der Nachbarschaft.

Bezirkliche Arbeit

Mit unserer Geschäftsstelle Bezirke sind wir in den Berliner Kiezen sowie auf Bezirks- und Landesebene vernetzend, koordinierend und gestaltend aktiv. Neben der sozialpolitischen Arbeit in den Bezirken gehören freiwilliges Engagement, Gesellschaftlicher Zusammenhalt Stadtteilarbeit, Arbeit und Beschäftigung, Selbsthilfe, Nachhaltigkeit sowie Innovation, Digitalisierung und Wirkungsorientierung zu unseren Schwerpunkten. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen gestalten und begleiten wir sozialpolitische Entwicklungen und Entscheidungsprozesse.

Fort- und Weiterbildung

Mit der Paritätischen Akademie Berlin bieten wir Aus-, Fort- und Weiterbildungen für Fach- und Führungskräfte der Sozialwirtschaft an. Sie unterstützt Menschen in unterschiedlichen Berufsphasen dabei, ihre fachlichen Kompetenzen auszubauen und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus organisiert die Akademie die Paritätischen Foren sowie verschiedene Netzwerke und schafft Raum für Austausch und Vernetzung zwischen unseren Mitgliedsorganisationen.

Häuser der Parität

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin verfügt derzeit über drei eigene Häuser der Parität. Für neun weitere Häuser liegt die Trägerschaft bei Mitgliedsorganisationen; sie wurden durch die Stiftung Parität Berlin gefördert. Ein weiteres Haus befindet sich derzeit im Bau.

Mit den Häusern der Parität schaffen wir dauerhaft bezahlbare Räume für soziale Arbeit und sichern unseren Mitgliedsorganisationen Gestaltungsspielräume – unabhängig von Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt. Gleichzeitig machen die Häuser den Paritätischen in den Berliner Kiezen sichtbar und bieten Orte für Begegnung, Zusammenarbeit und gesellschaftliches Engagement.

GESCHÄFTSFÜHRUNG



Martin Hoyer
Geschäftsführer
T 030 86 001-108
hoyer@paritaet-berlin.de



Anne Jeglinski
Stv. Geschäftsführerin,
Leiterin der Geschäfts-
stelle Bezirke
T 030 86 001-601
jeglinski@paritaet-berlin.de



Torsten Wischnewski
Stv. Geschäftsführer
T 030 86 001-167
wischnewski@paritaet-berlin.de

REFERATE



Marie Biallet
Ref. Kindertagesbetreuung
T 030 86 001-179
biallet@paritaet-berlin.de



Uwe Brohl-Zubert
Ref. Soziale Psychiatrie,
Queere Lebensweisen
T 030 86 001-555
brohl-zubert@paritaet-berlin.de



Heike Drees
Ref. Suchthilfe,
Gesundheitsförderung,
HIV/Aids, STI, Hepatitiden
T 030 86 001-168
drees@paritaet-berlin.de



Sofia Höhn
Ref. Fördermittel und
Zuwendungen
T 030 86 001-120
hoehn@paritaet-berlin.de



Thomas Kasper
Ref. Hilfen zur Erziehung
und Kinderschutz
T 030 86 001-162
kasper@paritaet-berlin.de



Wolf-Peter Kramer
Ref. Schulbezogene
Jugendhilfe, Schule
T 030 86 001-167
kramer@paritaet-berlin.de



Sabine Kosler
Ref. Kindertagesbetreuung
T 030 86 001-178
kosler@paritaet-berlin.de



Anne Luther
Ref. Schulbezogene
Jugendhilfe
T 030 86 001-166
luther@paritaet-berlin.de



Astrid Lück
Ref. Familie, Frauen
und Mädchen
T 030 86 001-230
lueck@paritaet-berlin.de



Marco Peschke
Ref. Ambulante Pflege,
Ambulante und
stationäre Hospize
T 030 86 001-502
peschke@paritaet-berlin.de



Christian Peth
Ref. Teilhabe von
Menschen mit
Behinderung
T 030 86 001-616
peth@paritaet-berlin.de



Daniela Radlbeck
Ref. Grundsatzfragen,
Wohnungspolitik
T 030 86 001-180
radlbeck@paritaet-berlin.de

GESCHÄFTSSTELLE BEZIRKE



Tim Redfern
Ref. Armut und Wohnungs-
notfallhilfe, Straffälligen-
und Opferhilfe
T 030 86 001-188
redfern@paritaet-berlin.de



Anika Haußner
Stv. Leiterin der
Geschäftsstelle Bezirke,
Bezirksbeauftragte
für Pankow, Innovation
T 030 86 001-617
haussner@paritaet-berlin.de



Eva-Maria Riegel
Qualitäts- und
Organisations-
management Pflege
T 030 86 001-503
riegel@paritaet-berlin.de



Niklas Alt
Bezirksbeauftragter Friedrichs-
hain-Kreuzberg und Lichtenberg,
Freiwilliges Engagement und
Gesellschaftlicher Zusammenhalt
T 030 86 001-612
alt@paritaet-berlin.de



Merle Sasse
Mitarbeiterin
Ref. Kindertagesbetreuung
T 030 86 001-174
sasse@paritaet-berlin.de



Chris Baumann
Bezirksbeauftragter für
Reinickendorf und Mitte,
Betreuungsvereine
T 030 86 001-622
baumann@
paritaet-berlin.de



Holger Spöhr
Ref. Migration
T 030 86 001-177
spoehr@paritaet-berlin.de



Christoph Erbslöh
Bezirksbeauftragter für
Charlottenburg-Wilmersdorf
und Tempelhof-Schöneberg,
Selbsthilfe, Wirkung
T 030 86 001-619
erbsloeh@paritaet-berlin.de



Verena Teuber
Ref. Kinder- und Jugend-
arbeit, Jugendsozialarbeit
T 030 86 001-170
teuber@paritaet-berlin.de



Nastasja Ilgenstein
Bezirksbeauftragte
für Neukölln und Treptow-
Köpenick, Stadtteilarbeit
T 030 86 001-620
ilgenstein@
paritaet-berlin.de



Dr. Oliver Zobel
Ref. Stationäre Pflege,
Ältere Menschen
T 030 86 001-501
zobel@paritaet-berlin.de



Isabell Köller
Bezirksbeauftragte
für Spandau und
Steglitz-Zehlendorf,
Nachhaltigkeit, Wirkung
T 030 86 001-614
koeller@paritaet-berlin.de



Markus Pleyer
Bezirksbeauftragter
für Marzahn-Hellerdorf,
Arbeit und Beschäftigung,
Datenschutz
T 030 86 001-623
pleyer@paritaet-berlin.de



Christian Sievert
Digitalisierung,
socialmap berlin
T 030 86 001-613
sievert@paritaet-berlin.de

PRESSE- UND
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Kathrin Zauter
Leiterin Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
T 030 86 001-175
zauter@
paritaet-berlin.de



Nina Peretz
Stv. Leiterin Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit
T 030 86 001-123
peretz@
paritaet-berlin.de

Impressum

Herausgeber

Deutscher Paritätischer

Wohlfahrtsverband

Landesverband Berlin e.V.

Brandenburgische Straße 80

10713 Berlin

Telefon 030 860 01-0

Fax 030 860 01-110

info@paritaet-berlin.de

paritaet-berlin.de

Vorsitzender:

Stefan Dominik Peter

Geschäftsführung:

Martin Hoyer, Anne Jeglinski,

Torsten Wischnewski

Text und Redaktion

Nina Peretz,

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin

Fotonachweise

Titel: AdobeStock / katatonia

Seite 5: Patricia Kalisch / Paritätischer Berlin

Seite 6: Holger Groß / Paritätischer Berlin

Seite 19: Paritätischer Berlin

Seite 20: Holger Groß / Paritätischer Berlin

Seite 26: Holger Groß / Paritätischer Berlin

Seite 28: Pexels / Allan Mas

Seite 36: Andreas Stenzel

Seite 44: unsplash / Age Cymru

Seite 50: Picture Alliance / Georg Wenzel

Seite 54: Boaz Arad / Paritätischer Berlin

Seite 58: Holger Groß / Paritätischer Berlin

Seite 64: iStock / gorodenkoff

Seite 71: Holger Groß / Paritätischer Berlin

Gestaltung

lawidesign, Berlin

Druck und Produktion

primeline print berlin GmbH

1. Auflage, August 2026



Druckprodukt mit finanziellem

Klimabeitrag

ClimatePartner.com/13335-2608-1001

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin setzt sich für die Rechte hilfebedürftiger Menschen und für die Förderung der Zivilgesellschaft ein. Unsere Arbeit ist von dem Ziel geleitet, die gesellschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen in Berlin aktiv mitzugestalten. Der Paritätische Berlin ist Dach- und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege. Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder und beraten sie in rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und sozialen Fragen.

#berlinbessermachen



**Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e. V.**

Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin

Telefon: 030 860 01-0

E-Mail: info@paritaet-berlin.de
paritaet-berlin.de

@paritaetberlin